

## Pressemitteilung

Gelsenkirchen, den 14.06.2007

Pressekontakt (Ansprechpartner): Robert Zion, [zion@robert-zion.de](mailto:zion@robert-zion.de), Tel: 0209 / 3187462

### **Grüne Kreisverbände fordern Sonderparteitag zu Afghanistan**

Die vom Grünen Kreisverband Gelsenkirchen im März 2007 initiierte Forderung nach Einberufung eines Sonderparteitages wird inzwischen von 36 Kreisverbänden unterstützt, Fünf weitere fordern, den regulären Parteitag in Nürnberg vor die mögliche Entscheidung der Verlängerung des ISAF-Mandates im Bundestag im September vorzuziehen. Nach der Satzung der Partei muss der Bundesvorstand eine Sonder-BDK einberufen, wenn 10% der Kreisverbände (dies sind zur Zeit 44) diese einfordern.

Entgegen einem Mehrheitsvotum des Grünen-Parteivorstands und eines eindeutigen Beschlusses auf dem letzten Grünen Bundesparteitag in Köln hatte etwa die Hälfte der Grünen Abgeordneten im Bundestag im Frühjahr für die Entsendung von deutschen Tornado-Aufklärungsflugzeugen nach Afghanistan gestimmt.

Unterstützt wird die Gelsenkirchener Initiative bislang von so wichtigen grünen Kreisverbänden wie Karlsruhe (Baden-Württemberg), Bonn (NRW), Fürth (Bayern), Weimar (Thüringen), Dortmund (NRW) sowie Limburg-Weilburg (Hessen). Aber auch Heimatkreisverbände von Bundestagsabgeordneten wie Jürgen Trittin (Göttingen) und Thea Dückert (Oldenburg) oder Friedrichshain-Kreuzberg und Tübingen, wo grüne Bürgermeister an der Stadtspitze stehen, fordern ihr grün-traditionelles basisdemokratisches Grundrecht ein.

Robert Zion, Bundes- und Landesdelegierter der Grünen in Gelsenkirchen und Initiator der Sonder-BDK, wird zudem beim am kommenden Wochenende bevorstehenden Landesparteitag der NRW-Grünen in Bochum den Forderungen der Kreisverbände Nachdruck verleihen. „Unsere Forderung ist, dass aus dem für den 15. September vom Bundesvorstand einberufenen Länderrat eine BDK wird. Nur so ist eine Einbeziehung der Parteibasis auf breiter Ebene gewährleistet. NRW als größter und wichtigster grüner Landesverband muss jetzt nachziehen und der im Leitantrag des Landesvorstandes zurecht geforderten ‚politischen Lösung‘ für Afghanistan und der Erkenntnis, dass diese ‚Auseinandersetzung militärisch nicht zu gewinnen ist‘, die notwendigen Konsequenzen folgen lassen. Dazu gehört auch ein Umdenkungsprozess in der Afghanistan-Strategie der Grünen“, so Zion.

Robert Zion

(Geschäftsführender Vorstand, Bundes- und Landesdelegierter, Sprecher für Wirtschaft, Soziales, Demokratie und Innerparteiliches, Bündnis 90/Die Grünen, KV Gelsenkirchen)

03.09.2007 / Abgeschrieben / Seite 8

## Gegen Salamiaktik

Zum nun vorgelegten Leitantrag des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen zum Sonderparteitag am 15. September in Göttingen erklärte am Sonntag Robert Zion aus Gelsenkirchen, Mitinitiator des von der Basis erzwungenen Sonderparteitages:

Die Grünen dürfen jetzt die falsche Afghanistan-Strategie der Bundesregierung und der NATO nicht mehr mittragen. Offensichtlich beabsichtigt die Bundesregierung mit einer Art Salamiaktik, Deutschland in Afghanistan Schritt für Schritt und gegen den Willen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung in eine militärische Eskalation zu ziehen. Die Zusammenlegung der Mandate für die Tornados und ISAF und die spätere Abstimmung über OEF im Bundestag, folgt dabei rein koalitions- und parteitaktischen Überlegungen.

»Der von uns schon seit langem geforderte Strategiewechsel hin zum zivilen Aufbau und zur Befriedung des Landes muß jetzt endlich kommen, bevor die Lage in Afghanistan endgültig in eine ›Irakisierung‹ des Landes zu kippen droht«, so Zion weiter. Er nennt den Leitantrag des Bundesvorstandes, der eine getrennte Abstimmung der drei Mandate (Tornados, ISAF, OEF) vorsieht und der Bundestagsfraktion eine Enthaltung nahe legt, einen »Grünen Wackelpudding«. »Der Parteitag muß jetzt klare Position beziehen. Für die Linie der Bundesregierung darf es von den Grünen darum keine Zustimmung geben. Denn es gibt jetzt genau zwei Möglichkeiten, die von jahrzehntelangem Krieg- und Bürgerkrieg geschundenen Menschen in Afghanistan im Stich zu lassen: Ein übereilter Rückzug oder eine weitere militärische Eskalation und ein ausgewachsener Krieg, der nicht zu gewinnen ist.« Die Initiatoren des Sonderparteitages empfehlen daher der Basis und den Delegierten, ihren Antrag »Militärische Eskalation ist keine Lösung - Mit politischen Mitteln und zivilem Aufbau den Frieden in Afghanistan gewinnen!« zum Leitantrag des Sonderparteitages zu machen.

← zurück

16.09.2007

## Robert Zion - Ein Philosoph kippt den Grünen-Parteitag



Der Delegierte Robert Zion aus Nordrhein-Westfalen auf dem Sonderparteitag zum Afghanistan-Einsatz.

**Berlin** (dpa) Mit Robert Zion hat ein markanter Vertreter der nordrhein-westfälischen Parteibasis den Grünen-Parteitag in Göttingen gekippt. Der 1966 geborene Philosoph und Sozialpädagoge hatte die Sonderdelegiertenkonferenz zur strittigen Afghanistan-Frage mitinitiiert.

Den Grund dafür nannte er in einem Interview: «Solchen komplizierten Debatten» dürfe man «nicht aus dem Wege gehen». Als Publizist und Aktivist tritt Zion seit Jahren für seine auf Demokratie und Gerechtigkeit abzielenden Ideale ein. Er ist Mitglied im Gelsenkirchener Kreisvorstand der Grünen und im globalisierungskritischen Netzwerk Attac.

Als Leitmotiv hat der nachdenklich und ernst auftretende Parteilinke einen Satz des französischen Philosophen Jean-Jacques Rousseau gewählt: «Auf seine Freiheit verzichten heißt, auf seine Würde als Mensch, auf die Menschenrechte, ja sogar auf seine Pflichten verzichten. Für jemand, der auf alles verzichtet, ist keine Entschädigung möglich.»



17.09.2007

<http://www.pz-news.de/blickpunkte/berichte/95752/druck.html>

Artikel in Druckversion

## Die grüne Basis lebt

*Debakel für Parteispitze: Sonderparteitag verweigert Zustimmung zum Afghanistan-Kurs*

Gerade hat Robert Zion vor mehr als 700 Delegierten des Grünen-Sonderparteitags in Göttingen eine emotionale Rede beendet. Er hat den Delegierten erzählt, dass die Menschen in Afghanistan Angst haben vor den Tornado-Jets der Bundeswehr. Dass sich die Angst während der russischen Besatzungszeit in die Köpfe der Menschen gebrannt hat, weil damals auf die dröhnenden Aufklärer stets die todbringenden Bomber folgten. „Wir dürfen nicht zustimmen“, hat Zion deshalb mit Blick auf das anstehende Bundestagsvotum über die Verlängerung des Tornado-Mandats in die Göttinger Lokhalle gerufen. Auch nicht, wenn wie geplant im Paket über Tornados und ISAF abgestimmt wird, die Afghanistan-Mission unter UN-Mandat, an der die Bundeswehr beteiligt ist. Zion erinnert an die Grundsäulen der grünen Partei, zu denen die Gewaltfreiheit gehört. „Wir brauchen zivilen Aufbau und politische Lösungen.“ Und dann die Worte, mit denen er die Herzen im Sturm nimmt: „Für uns Grüne darf niemals der Zweck die Mittel heiligen. Niemals.“

Vorher konnte man mutmaßen, jetzt weiß man, wie die Stimmung an der Basis ist. „Das war ein Kipppunkt“, sagt Zion nach seinem Auftritt selbst. Die Basis hat den Sonderparteitag erzwungen, Robert Zion war an vorderster Front dabei.

Die Parteiführung hatte keine Lust, und das merkt man. Zum Auftakt hält der Parteivorsitzende Reinhard Bütikofer eine uninspirierte Rede, an deren Ende sich sich schläfriger Beifall regt. Die blasse Co-Vorsitzende Claudia Roth macht es nicht besser, die Delegierten hören ihr mit offenkundig mäßigem Interesse zu. Die Basis bedenkt Wortbeiträge von Parteioberen mit wenig Beifall, aber etlichen Buhrufen, Gelächter und Zwischenrufen. Wortbeiträge „einfacher“ Delegierter, so sie denn scharf genug sind, werden bejubelt und beklatscht. Nur schärfer müssen sie sein als der . Der Antrag des Bundesvorstands enthält keine klare Position in Sachen Tornado, kein Ja, kein Nein.

### Das Zitat

„Es wäre ein Fehler, wenn die grüne Politik sich hinter das Erreichte zurückentwickeln würde.“

Grünen-Parteichef Reinhard Bütikofer

Dabei haben sie klare Botschaften zu bieten, die Grünen: Sie wollen die US-geführte Anti-Terror-Mission „Operation Enduring Freedom“ (OEF) schnellstmöglich beenden, das ist Konsens seit 2006. Sie sind für die ISAF-Fortführung, aber mit einem klaren Strategiewechsel: Weg vom Militärischen, hin zu mehr ziviler Aufbauhilfe. Dazu kommen der Kampf gegen Korruption, gegen Opium, gegen Hunger, gegen Unterdrückung, für Frauen- und Flüchtlingsrechte und Schulbildung und eine bessere afghanische Polizei – alles unstrittig, alles Dinge, die grüne Herzen wärmen. Es hätte also ein schöner Nachmittag im sonnigen Göttingen werden können. Wenn da nicht die Tornados und Robert Zion gewesen

wären. Denn dessen Antrag nimmt alle Abstimmungshürden, bis ihm nur noch das Papier des Bundesvorstands entgegensteht.

David gewinnt in schriftlicher Abstimmung gegen Goliath mit 361:264 Stimmen. Die Kameras richten sich auf Zion.

Nun ist das, was er und viele andere Basis-Grüne wollten, offizielle Parteilinie: Die Forderungen nach einem sofortigen Stopp der „Operation Enduring Freedom“ (OEF), nach einem Abzug der Tornados, nach einem deutlichen Strategiewechsel der deutschen Afghanistanpolitik. Dahinter steht die Drohung, anderenfalls Nein zu ISAF zu sagen. Zudem will man unter dem Stichwort „Petersberg II“ eine neue, umfassende Friedenskonferenz. Und schließlich: Die Grünen-Abgeordnete sollen mit Nein stimmen, falls im Bundestag ISAF und Tornados im Paket abgestimmt werden.

Und der Vorstand? Bundesgeschäftsführerin Steffi Lemke schleicht ans Mikrofon und erklärt mit blecherner Stimme: „Ich glaube, durch die Debatte haben wir als Partei insgesamt gewonnen.“ Bütikofer kann sich kaum zum Klatschen durchringen.

Erstellt von: Thomas Trittmann

URL: [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/politik/aktuell/?em\\_cnt=1211827](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1211827)

## Porträt

# Der leise Rebell

VON ANNIKA JOERES

Robert Zion hat eine neue Aufgabe: Der Mann, der Bundesvorstand und Fraktion der Grünen ins Wackeln brachte, hatte gestern wieder ganz andere Sorgen: Als umweltpolitischer Sprecher der Grünen in Gelsenkirchen kämpfte er gegen die Erweiterung einer Chemiefabrik im Norden der Ruhrgebietsstadt. Zion vertritt eben die Basis. Sie hatte sich mit ihrem Nein zu den Tornadoeinsätzen der Bundeswehr in Afghanistan auf dem Göttinger Sonderparteitag der Grünen spektakulär Gehör verschafft. Zion verlieh den Linken eine Stimme.

Eine leise, helle Stimme. Der Auftritt des 41-Jährigen unterschied sich deutlich von dem Daniel Cohn-Bendits, der sich lautstark für eine Ausweitung der militärischen Operationen, für mehr Tornados einsetzte. Unterstützung erhielt der Joschka-Intimus von profilierten Vertretern des Europaparlaments und der Bundestagsfraktion. Gewonnen hat dann doch der bis dato unbekannte Zion, der leise, fast nachdenklich für einen Strategiewechsel in Afghanistan warb, sich gegen die "Operation Enduring Freedom" und einen Einsatz von Tornados aussprach.

Der studierte Philosoph Zion hat den Nerv der Partei getroffen. Einer Partei, die seinen Namen kaum kannte und ihn auf keiner Liste führte. Nur einmal hatte er zuvor auf einem Landesparteitag eine Rede gehalten. Im Bundestagswahlkampf warb er mit Plakaten um ein Direktmandat, die aussahen wie selbst gemalt und seinen Kopf inmitten der Fördertürme und Solaranlagen Gelsenkirchens zeigten. Natürlich schickten ihn die Wähler in der grünenfernen Bergbaustadt nicht nach Berlin. Also kämpfte er weiter für einen Sonderparteitag.

Ist Zion ein Veteran der 1980er Jahre, ein Vertreter der Fundis, die ausgestorben schienen seit die Grünen 1998 mitregierten? Bei genauerem Hinsehen ist sein Antrag kein fundamental-pazifistischer. So befürwortet er die Nato-geführte Isaf-Truppe. Er trat auch erst 2002 der Partei bei, sein Vorbild ist Willy Brandt. Die Außenpolitik der Linken geißelt er im CDU-Sprech als "isolationistisch". Er ist kein Pazifist, bezeichnet sich selbst aber als Linken. Einer, der Bücher über amerikanische Schauspieler schreibt, über die Geschichte Hollywoods. "Amerikanische Filme haben mich geprägt", sagt er. Er habe Hobbies "wie jeder andere auch."

Die grüne Politik, heißt es aus dem als links geltenden Landesvorstand, wird Zion auch künftig beeinflussen. Schon bereitet er den nächsten Antrag für den Nürnberger Sonderparteitag vor: Die Partei soll die grundsätzliche Abkehr von der Agenda 2010 beschließen. Bisher gab man dem Vorhaben wenig Chancen. Nach dem Göttinger Eklat jedoch traut man Zion zu, der Parteispitze erneut erfolgreich ins Rad zu fallen.

Aktuell: **Aufmüpfige Basis bringt grüne Fraktion in die Bredouille**

Frankfurter beim grünen Parteitag: **Schlimmes Wochenende**

[ document info ]  
Copyright © FR-online.de 2007  
Dokument erstellt am 17.09.2007 um 17:00:01 Uhr  
Erscheinungsdatum 18.09.2007

Dirk Friedrich Schneider

## Zion zündete, Bütikofer zürnte

Politik

Kultur

Literatur

Start

Service

Recherche

**SONDERPARTEITAG DER GRÜNEN** ■ *In Göttingen schärfen Pazifisten und Basisdemokraten wieder das Oppositionsprofil ihrer Partei*

Er will jetzt nicht jubeln, nicht groß reden und für ein Foto posieren. Robert Zion, der Mann, der gerade die Grünen-Spitze um Bütikofer und Roth sowie die Fraktionsführer Künast und Kuhn mächtig düpiert hat, will einfach nur weg, raus aus der Lokhalle, aus Göttingen, nur aus der Partei, aus der will er keinesfalls mehr. Kurze Interviews gibt er, drei, vier Fragen, unsicher reibt er sich vor einer ARD-Kamera mit der Hand am Hals und sagt, als Sieger oder Revolutionär sehe er sich jedenfalls nicht. Dabei forderte er mit seinem Antrag A-05neu eine Abkehr von der Afghanistanpolitik des Altvorderen Joschka Fischer und mahnte die Abgeordneten, sich im Bundestag bei der bevorstehenden Abstimmung über das gekoppelte ISAF-Tornado-Mandat zumindest zu enthalten.

Bei den Grünen ist Robert Zion ein linker, und so gibt er sich auch: die Haare kraus, der Nadelstreifenanzug ungebügelt, am Revers ein Attac-Zeichen; Zion ist 41 Jahre, studierter Philosoph. Er war bisher ein fast Unbekannter, der es gerade mal geschafft hat, sich in Gelsenkirchen zum umweltpolitischen Sprecher aufzuschwingen; für Außenpolitik interessierte er sich weniger als für Sozial- und Wirtschaftspolitik. Und so einer wagt es mit einer gewieften, zwölfminütigen Rede, dem Vorstand die größte Krise beizubringen und ihm zu zeigen, wie sehr er sich von der Basis entfremdet hat. Nach vier Stunden Debatte und gut 40 Redebeiträgen verkündete am vergangenen Samstag um 17:23 Uhr eine reichlich bleiche Präsidentin des Sonderparteitages fast tonlos das Votum der Delegierten - 264 Stimmen für den Antrag des Vorstandes, 361 für den von Zion.

Es ist das erste Mal, dass der Vorstand so herb gescheitert ist und nicht wenige springen auf, klatschen, fallen sich in die Arme und reden von "Befreiung" und davon, dass jetzt die "Dinge wieder zurechtgerückt" würden, dass es mehr Debatten über Kriegseinsätze gebe und Argumente entscheidender seien als Charisma. So gesehen ist Göttingen ein Abschied von Rostock, wo sich 2001 die Pazifisten stritten und den Realos unterlagen; es ist aber auch eine Rückkehr zum Beschluss des Parteitages von Köln im vergangenen Jahr. Dieser forderte, dass Kampfeinsätze nicht ausgeweitet werden sollen und die ISAF-Strategie geändert werden müsse. So pauschal wollten sich dem im März die 26 Tornadobefürworter nicht anschließen und stimmten mit der Regierung. Tornados seien ja keine Waffen.

In NRW hatte das Desaster für die Parteispitze begonnen: Als erster forderte der dortige Landtagsabgeordnete Rüdiger Sagel deren Rücktritt. Er überzog und verließ die Partei. Da warb Robert Zion aber bereits für einen Sonderparteitag, weil er den Köln-Beschluss verletzt sah, die Basisdemokratie missachtet und den Pazifismus angeschlagen. An seinem Antrag schrieben Basisgrüne aus Münster, Eisenach, Hagen und Hessen mit.

Bütikofer war bald gewarnt. Völlig unüblich meldete sich dieser bei Kreisverbänden und wollte mit Charme, Verve und Witz wieder die Basis einfangen. Die aber tobte. Dass es gelang, die erforderlichen zehn Prozent aller Kreisverbände auf einen Sonderparteitag

einzuschwören, lag vor allem an linken Verbänden in NRW, Niedersachsen und Berlin, die auch in Göttingen dominieren.

In der Lokhalle präsentiert Reinhard Bütikofer den Antrag des Vorstandes: Er schwitzt, schimpft auf Merkel, die endlich einen Strategiewechsel einleiten solle, und fordert ein Ende der militärischen *Operation Enduring Freedom*. Aber das alles ist ohnehin Konsens. Dann hebt er den Finger und ruft: "Afghanistan aufgeben, ist keine Alternative"; jeder Abgeordnete solle so votieren, wie es das Gewissen verlange. Applaus, vor allem von Delegierten aus Hessen. Bütikofer setzt sich, wischt sich Schweiß von Stirn und Brille; er will jetzt nicht angeherzt werden, auch nicht von Claudia Roth. Er ist angespannt.

Doch Bütikofer hat starke Verteidiger: Ralf Fücks, der eloquente Chef der Böll-Stiftung, fläzt sich hinters Rednerpult, Renate Künast steht stramm, Fritz Kuhn schaut gequält, Thea Dückert auch, Anna Lührmann weiß, wie Außenpolitik gemacht wird, und Hans-Joachim Preuß, der Generalsekretär der Welthungerhilfe, wird nach der Rede heftigst von Claudia Roth geknuddelt. Warum nur? Sie alle argumentieren ähnlich: Luftaufklärung sei notwendig, damit der Wiederaufbau geschützt werde; sie warnen vor Oppositionsreflexen und billigem Nein-Sagen und meinen, die Grünen seien wichtig für die Hegemonie in der Debatte, sie erinnern an das Leid der Frauen und daran, dass die UNO unterstützt werden müsse. Applaus. Aber niemand ist euphorisiert.

Während die Fachpolitiker und Tornadoablehner Winfried Nachtwei und Jürgen Trittin ans Pult treten, redet sich Daniel Cohn-Bendit vor Journalisten warm. Als Nachtwei die Friedensdemonstrationen, in Berlin begrüßt, mault Cohn-Bendit: "Ja, ja, ich begrüße, was redet der da nur?" Über Trittin sagt er: "Jürgen hat die Partei mit seiner Rede in den Bauch getroffen, aber er traut sich nicht, sie zu führen." Tatsächlich poltert Trittin enorm, wirbelt wild mit den Armen, verurteilt die Tornados ("75 Millionen Euro für was?"), wirbt für ISAF, aber er laviert und zeigt damit, wie uneinig sich die Diadochen in Fraktion und Partei sind.

Daniel Cohn-Bendit gibt auf der Bühne den Überzeugungstäter: Ja zu ISAF, Ja zu den Tornados, Ja zu mehr Militär! Eine verwegene Position, die ihm "Buhs" einbringt. Aber, meint er, die Realität lasse sich nicht wegbuhen. Es ist, als wolle er die Partei über den rechten Flügel aufwiegeln, um so den Delegierten die letztlich schwache Position des Vorstandes schmackhafter zu machen. Er übertreibt, als er ins Mikrofon säuselt: "Ich kann ja verstehen, dass ihr Angst habt." So etwas bringt selbst Realos gegen ihn auf.

Robert Zion hat da schon seine Rede gehalten: Er kannte sie auswendig, schaute ins Publikum, sprach mal laut, mal beschwörend und einmal zu Bütikofer, der eine Weile aufschaute - und sich dann einen Kaffee bei Trittin holte. Was Zion forderte, orientierte sich strikt am Kölner Beschluss: Nein zu OEF, Nein zu den Tornados, Ja zu einer neuen, zivilen Strategie für ISAF; von Ausstieg redete er nicht. So lange es keine neue Strategie gebe, müsse man ablehnen dürfen. "Welche Bundesregierung würde sich unter Druck gesetzt fühlen, wenn die Opposition immer für ihre Politik stimmt?" Das zündete, traf die Basis in den Bauch und riss sie mit.

Plötzlich ist alles vorbei - keine Änderungsanträge mehr und keinen extra Rüffel für Parteichef Bütikofer. Vor der Halle sammeln sich die, die sich wohl nicht als die größten Verlierer sehen: Winfried Nachtwei scherzt, Jürgen Trittin spricht mit dem Handy, Christian Ströbele und Winfried Hermann streunen umher, Volker Beck ist auch da - und Robert Zion zieht an einer Selbstgedrehten, den Koffer zur Abfahrt bereit in der Hand. Er will weg - und landet dann doch in einer Kneipe.

DER SPIEGEL 40/2007 vom 01.10.2007, Seite 38

Autoren: Markus Feldenkirchen, Horand Knaup, Roland Nelles und Dietmar Pieper

## Kampf ums Erbe

**Joschka Fischer rechnet mit den Grünen ab - der Zustand seiner Partei tue ihm weh. An der Basis wächst derweil die Lust, sich immer stärker vom einstigen Leitwolf zu distanzieren. Und auch die SPD geht auf Abstand zur gemeinsamen Vergangenheit in der rot-grünen Koalition.**

Sie hatten sich gefreut, als Joschka Fischer vor zwei Jahren aus der Politik spazierte. Sein Abgang war die Chance für alle anderen Grünen, einmal selbst zur Geltung zu kommen. Aber jetzt wird es wieder so sein wie damals.

Joschka Fischer kehrt mit einem Buch zurück ins Licht, der Memoiren erster Teil, erneut wird tagelang nur er in den Zeitungen stehen. Für die normalen Grünen, die Bütikofers oder Trittins werden nur die Statistenrollen bleiben.

"Wann kommt eigentlich das Fischer-Buch?", fragte Fraktionschefin Renate Künast vor kurzem scherzhaft im kleinen Kreis. "Dann kann ich nämlich in Urlaub gehen."

Fast zwei Jahre war er mehr oder weniger verschwunden, war Gastprofessor an der amerikanischen Universität Princeton. Er pendelte zwischen den USA und Europa und hoch über dem Atlantik, in der ersten Klasse, verfasste er einen großen Teil seiner politischen Bilanz. "Die rot-grünen Jahre" heißt das Werk, das am 4. Oktober mit einer Auflage von 150 000 Exemplaren in den Handel kommt\*.

Die "Deutsche Außenpolitik - vom Kosovo bis zum 11. September", so der Untertitel, war ihm stolze 444 Seiten wert. Inzwischen arbeitet Fischer schon an Band zwei, und weil es darin um Afghanistan, den Irak, die Agendapolitik und nicht zuletzt um seinen Abgang gehen soll, wird Fischer mit seinen Memoiren locker in die 1000-Seiten-Liga vorstoßen, eine Sphäre, in der sich sonst nur Großpolitiker wie Winston Churchill, Bill Clinton oder Michail Gorbatschow bewegen.

Für seine Partei wird es dadurch nicht leichter. Die Grünen haben viel unter Joschka Fischer gelitten. Manchen war er eine Zumutung, und dennoch wird jeder seiner Schritte von den Basis-Grünen noch heute mit einer Mischung aus Abscheu, Neugier und Ehrfurcht beobachtet.

Wenn Fischer dieser Tage im Hessischen Rundfunk etwas zur Lage in Afghanistan sagt, ist Parteichefin Claudia Roth sofort informiert. Wenn Fischer sich mit Jürgen Trittin zum Mittagessen trifft, wittert mancher Grüne eine Verschwörung. Sie wer-

den wohl nie ein gelassenes Verhältnis zu ihrem Mann im Mittelpunkt finden.

Die Grünen waren aber auch eine Zumutung für Joschka Fischer. Das wird jetzt besonders deutlich, denn die Stunde der Memoiren ist auch eine Stunde der Abrechnung mit seiner Partei. Die, so schreibt er, war schon früh das größte Hindernis auf seinem Weg an die Macht. Immer wieder beklagt er die "Irrealität" der Partei und meint damit zum Beispiel den Beschluss aus dem März 1998, den Benzinpreis auf fünf Mark pro Liter hochzutreiben. Immerhin verschweigt Fischer nicht, dass er dem Plan selbst zugestimmt hat.

Am Ende, sagt er jetzt, sei er müde gewesen, einfach nur noch müde. Seine Grünen hatten ihn ausgesaugt. Am Ende sagt er, wollte er "einfach nur noch weg" (siehe Seite 52).

Es war der vorläufige Schluss einer ebenso symbiotischen wie neurotischen Beziehung. Fischer hatte seiner Partei fast alles zu verdanken, und sie hatte ihm fast alles zu verdanken. Er dankte ihr seinen Aufstieg vom militanten Straßenkämpfer zum Außenminister. Die Partei konnte Dank ihm Deutschland regieren.

Und doch haben ihn die Grünen die ganze Karriere lang genervt. Er hat versucht, sie zu erziehen, wie man es mit einem ungehobelten Bengel macht, hat sie beschimpft, ihnen gedroht. Seit dem Sonderparteitag in Göttingen vor zwei Wochen, als seine Partei gegen den Einsatz deutscher "Tornados" in Afghanistan stimmte, weiß Fischer, dass seine Erziehung gescheitert ist.

Es sieht so aus, als sei dieser Sonderparteitag das Ende einer Grünen-Episode, der Fischer-Episode, die im Mai 1999 in Bielefeld ebenfalls auf einem Sonderparteitag begonnen hatte und nun in Göttingen ihr Ende fand. In

Bielefeld waren die Grünen Fischer nach seiner Drohung mit Rücktritt in den Kosovo-Krieg gefolgt. In Göttingen besannen sie sich wieder ihrer pazifistischen Wurzeln.

Deshalb klingt Fischer in diesen Tagen wie ein erschöpfter Vater, der alles dafür getan hat, damit aus seinem Nachwuchs etwas Anständiges wird. Vergeblich.

"Es tut weh", sagt Fischer.

Hinter der Enttäuschung steckt auch ein bisschen Triumph. Fischer genießt es,

wenn die Welt registriert, dass die Grünen ohne ihn ein fades Bild abgeben, dass sie sich selbst das Leben schwer machen, weil einer wie er fehlt, der die Richtung vorgibt. Wie sie sich noch heute lieber an ihm abarbeiten, als die Zukunft zu gestalten.

Es ist eine seltsame Situation, nicht nur bei den Grünen. Fast zwei Jahre ist die Große Koalition nun im Amt, aber statt über deren Bilanz diskutieren Grüne wie Sozialdemokraten mit Hingabe über das Erbe der Regierung Schröder/Fischer.

Sie fragen sich, ob sie stolz sein dürfen auf die gemeinsame Zeit an der Macht. Oder ob sie ein schlechtes Gewissen haben müssen, weil sie die reine Lehre auf dem Altar des Pragmatismus opferten.

Während sich in der SPD einige bis heute nicht verzeihen, dass sie soziale Leistungen des Staates gekürzt haben, bereuen es viele Grüne, deutsche Soldaten hinaus in die Welt geschickt zu haben.

Normalerweise ist die Zeit des Rückblicks die Zeit der Milde. Der Zurückschauende neigt zur Verherrlichung, die Dinge werden schöner, als sie waren. Mit den rot-grünen Jahren verhält es sich anders. SPD und Grüne leiden beim Blick zurück, es scheint, als sähen sie ihr eigenes Handeln mit der Zeit immer kritischer.

Das schlechte Gewissen ist so groß, dass nicht sicher ist, ob das, was Schröder und Fischer ihren Parteien abgetrotzt haben, in deren Werteschatz einsickert oder wieder verworfen wird. Noch ist nicht ausgemacht, ob die SPD nicht doch zurück zur Sozialpolitik vor Schröder möchte und die Grünen zur Außenpolitik vor Fischer.

Bei den Sozialdemokraten hat sich die Wunde der Agenda 2010 tief in die Parteiseele hineingefressen. Diese Politik, so die schmerzende Erinnerung vieler Genossen, hat zur größten Massenflucht in der Geschichte der Partei geführt. Und nie in der Nachkriegszeit war das Verhältnis zu den Gewerkschaften so belastet.

Auch deshalb bringt der Vorsitzende Kurt Beck das Wort "Stolz" im Zusammenhang mit Schröders Reformen nicht über die Lippen. Auch deshalb will Beck jetzt neue Akzente setzen.

Schröder scheint dies inzwischen zu akzeptieren. Anders als Fischer, der sich in seiner Zeit als Gastprofessor in den USA eher noch weiter vom pazifistischen Gedankengut entfernte, hat Schröder inzwischen viel Gelassenheit im Verhältnis zum eigenen Reformwerk entwickelt. Als er sich kürzlich mit Beck in seinem Altkanzlerbüro zum Vier-Augen-Gespräch traf, signalisierte er seine Unterstützung für dessen programmatische Neuausrichtung.

Kurz danach kursierte im Willy-Brandt-Haus die frohe Botschaft, Schröder habe sich über die alten Weggefährten lustig gemacht, die noch immer verbissen die Agenda 2010 anpriesen. Inzwischen sei doch längst eine andere Zeit angebrochen - und die verlange auch andere Antworten.

Vor drei Wochen forderte Beck die Parteispitze zum ersten Mal auf, ihr Verhältnis zur Agendazeit zu debattieren. Das Schizophrene an diesem Verhältnis fasste dabei die SPD-Linke Andrea Nahles besonders treffend in Worte. "Es ist doch paradox", sagte sie, "wenn Schröder da ist, jubeln ihm unsere Leute zu. Wenn er nicht da ist, zählen sie die ausgetretenen Mitglieder und die verlorenen Landtagswahlen."

Ähnlich zweischneidig reden die Grünen über Fischer. Noch immer bewundern sie ihn dafür, wie er in Wahlkämpfen voller Leidenschaft die Wähler elektrisierte. Sie merken auch, wie groß die Lücke ist, die er hinterlässt, und dass keiner von den vielen Vorsitzenden sie füllen kann. Zugleich aber wächst der Wunsch, die Zeit zurückzudrehen.

Die Grünen nach Fischer scheinen dafür noch anfälliger als die Sozialdemokraten nach Schröder. In der SPD hat die bitterste Auseinandersetzung über die Agendapolitik bereits stattgefunden, die härtesten Kritiker haben der Partei längst den Rücken gekehrt und sind zur Partei Die Linke übergelaufen. Zudem regieren die Genossen noch heute mit, das hemmt naturgemäß die Lust an der Revolte.

Die Grünen aber müssen auf nichts mehr Rücksicht nehmen, außer vielleicht auf ihren Ruf. Sie haben Fischer all die Regierungsjahre lang mit der Kraft ihrer Wünsche gequält, er hat sie mit der Macht des Faktischen

zurückgequält, so sehr, dass sich viele Grüne von ihm politisch genötigt fühlten. Deshalb war die Abstimmung von Göttingen auch eine späte Rache. Sie wussten, dass sie nicht nur gegen "Tornados" über dem Hindukusch stimmen würden, sondern auch gegen Fischers Vermächtnis. Das Votum der Basis sei "eine Abtreibung der grünen Politik unter Rot-Grün, eine

Beerdigung von Joschka Fischer", klagte Fischers Freund Daniel Cohn-Bendit.

Die rot-grüne Regierungszeit wird nun ebenso offen hinterfragt wie die Rolle des einstigen Leitwolfs. Robert Zion, der selbsternannte Revolutionsführer aus Gelsenkirchen, fordert offen die "Aufarbeitung des Systems Fischer" und findet Beifall.

Es sind vor allem Jüngere, die auf Distanz zu dem Parteipromi und den rot-grünen Jahren gehen. "Es gibt bei den Grünen eine neue Generation, die mit Joschka Fischer nichts zu tun hat", freut sich dessen früherer Erzfeind Hans-Christian Ströbele.

Schon kursieren die ersten "Thesepapiere", in denen dem Ex-Außenminister vorgeworfen wird, nicht ausreichend die Grünen-Programmatik vertreten zu haben. Unter seiner Ägide seien die Konturen grüner Außenpolitik verschwommen, heißt es etwa in einer neunseitigen Abhandlung aus dem zuständigen Parteigremium, dem Fachbereich Außenpolitik.

Zur erneuten Machtprobe mit der Grünen-Führung über die Programmatik könnte es auf dem Nürnberger Parteitag Ende November kommen. Nach der Außenpolitik soll nun die Wirtschafts- und Sozialpolitik dran sein, besonders die rotgrüne Arbeitsmarktpolitik.

Etlche Landesverbände haben bereits eine grundlegende Reform der Hartz-Gesetze angemahnt. Wie vor der Agenda 2010 soll wieder jedermann das Recht auf staatliche Leistungen haben - ganz gleich, ob er oder sie arbeiten will oder nicht. "Unser Ziel ist es, auf den Zwang zur Erwerbsarbeit zu verzichten", heißt es in einem Beschluss der Hamburger Grünen.

Fischers Erben fürchten, dass der Nürnberger Kongress zum bislang größten Tribunal über die rot-grüne Regierungszeit werden könnte. Doch sie wollen die Partei nicht kampflös den Linken übergeben. Realos wie Kuhn und Bütikofer bereiten sich systematisch auf eine Abwehr vor. In ungezählten Gesprächen werden Verbündete in den Landesverbänden gesucht.

Joschka Fischer wird sich auch diesen Kampf um sein Erbe nicht mehr anschauen, nicht mal auf "Phoenix", dem Ereigniskanal. Vielleicht wird er erst in der Zeitung lesen, wie es ausgegangen ist. Er genieße es, endlich wieder in schönen Cafés zu sitzen und entspannt die Zeitung zu lesen, erzählt Fischer. Diese "europäische Lebensart" habe er drüben in den USA doch schwer vermisst.

Vor kurzem hat er mit seiner Frau eine Villa im Berliner Stadtteil Grunewald bezogen. Er schreibt außenpolitische Kolumnen, daneben hält er Reden für viel Geld in aller Welt. Und er hat eine Firma gegründet, die sich "Joschka Fischer Consulting" nennt. Zu den Kunden, die sich von ihm beraten lassen wollen, werden die Grünen wohl nicht zählen.

MARKUS FELDENKIRCHEN, HORAND KNAUP,

ROLAND NELLES, DIETMAR PIEPER

\* "Die rot-grünen Jahre". Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln; 444 Seiten; 22,90 Euro.



BILD VERGRÖßERN

DER SPIEGEL 40/2007

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG.

Dieser Artikel ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt. Sie dürfen diesen Artikel jedoch gerne verlinken.

Unter <http://corporate.spiegel.de> finden Sie Angebote für die Nutzung von SPIEGEL-Content zur Informationsversorgung von Firmen, Organisationen, Bibliotheken und Journalisten.

Unter <http://www.spiegelgruppe-nachdrucke.de> können Sie einzelne Artikel für Nachdruck bzw. digitale Publikation lizenzieren.



Artikel vom 03. Oktober 2007

Joschka Fischer und die Grünen

# Die grüne Idee ist verschütt gegangen

Von Hans Peter Schütz

**Joschka Fischer war jahrelang die prägende Gestalt bei den Grünen. Nun zieht er in einem Buch die Bilanz seiner Politik als Grüner und Außenminister - eine Politik, deren Aufarbeitung seine Partei bis heute verweigert.**

Die Fischer-Woche läuft. Joschka auf allen medialen Wegen. Am Montag blickte er griesgrämig vom "Spiegel"-Titelbild, das verkündete "Ich, Joschka Fischer". Am Mittwoch verkündete er im *stern*: "Die grüne Spitze scheint heilfroh, dass ich weg bin." Dekorativ lässt er sich dabei vor einem Globus ablichten. Immer noch der Mann mit globalem Ansatz.

Am Donnerstag bittet Fischer in Berlin zur Präsentation seiner Memoiren, die mit dem Titel "Die rot-grünen Jahre. Deutsche Außenpolitik - vom Kosovo bis zum 11. September" auf den Büchermarkt kommen. 444 Seiten dick, allein der erste Band. Der zweite soll ebenso wortreich werden, mindestens, sagt Fischer. "Es waren bewegte und bewegende Zeiten." Danach reist der Ex-Außenminister auf Werbetour übers Land. Die Erstauflage von 150.000 Exemplaren will an Käufer gebracht sein, zumal die Lektüre keine leichte, eher dröge Kost ist.

## **Spannende Abrechnung mit Parteifreunden**

Dramatisch neue Erkenntnisse über die Außenpolitik in der Zeit zwischen 1998 und den Terroranschlägen vom 11. September 2001 bietet Fischer nicht. Spannender ist, wie Joschka im Rahmen der Präsentation seiner Erinnerungen mit den Parteifreunden von einst abrechnet. "Die Partei hat sehr viel Kraft gekostet", klagt er im Spiegel-Interview. "Qualvolle Jahre", nennt er die Zeit mit der grünen Partei, nie habe er sich persönlich wohl oder gar zuhause" gefühlt. "Müde und erschöpft", seufzt er im *stern*, sei er am Ende nach einem "immerwährenden Kampf" gewesen.

Größer könnte die Distanz nicht sein, auf die Fischer zu seinen Erben geht. Was er selbst der Partei zugemutet hat, schreibt er eher klitzeklein. Zwar führte er sie in die Regierung, wohin sie wohl ohne ihn nie gekommen wäre. Aber dafür zahlten die Grünen einen hohen Preis - den Ausverkauf fast aller Prinzipien, mit denen sie sich Anfang der 80er Jahre auf den Weg ins Parteiensystem gemacht hatten.

## **Gottvater Fischer wollte es so**

Keinerlei Verständnis zeigt Fischer, dass - wenigstens an der Basis - inzwischen hinterfragt wird, worin die Ursachen für den Machtverlust bestanden. Unter anderem eben darin, dass die Partei sich an allen Eckpunkten ihrer Regierungszeit im Ernstfall in die gewünschte Richtung drücken ließen. Gottvater Fischer wollte es so. Und in diesem Punkt lässt er auch heute keine Selbstkritik erkennen.

Im Blick zurück klagt Fischer, er habe sich "wund gerieben" an den Grünen. Mag schon sein. Aber umgekehrt war es nicht minder schmerzlich für die Partei. Er hat sie auf einen Weg gezwungen, auf dem ihre Seele Schaden genommen hat, ihre Ideale über Bord gegangen sind, die Regierungsbeteiligung zum Maßstab aller politischen Dinge geworden ist. Als dann die sieben rot-grünen Jahre zu Ende gegangen waren, machte Fischer es sich leicht, zog konsequent einen Schlussstrich. Er schloss die Tür zur grünen Partei ab, wie er frohgemut verkündete, und war den Schlüssel weg.

## **Gestraft mit einer Führungsspitze**

Jetzt sind Grüns allein zuhaus. Gestraft mit einer Führungsspitze, die nicht weiß, was sie wollen soll. Untereinander zerstritten versagt sie vor der Aufgabe, die Partei aus den Schlingen der Ära Fischer zu befreien. Sind die Grünen nun Opposition, sind sie Regierungspartei im Wartestand? Wohin mit den Erblasten, die ihnen vom Über-Grünen Fischer in den Regierungsjahren aufgebürdet wurden und sie unendlich weit weg getrieben haben von ihren Anfängen mit dem Slogan "Schwerter zu Pflugscharen" hin zu einer Kriegspartei, die ihren Markenkern für den Machterhalt verkauft und ja gesagt hat zum Balkan-Krieg und zum Afghanistan-Konflikt?

Künast und Co. reden sich nimmermüde diese Vergangenheit als "Realpolitik" schön, wobei sie sich freilich hüten, genauer zu beschreiben, was eigentlich die Kriterien dieser Realpolitik sind. Ist es, nur ein Beispiel, realpolitisch im Sinne der nüchternen Faktenbewertung, so zu tun, als ob die Bundeswehr-Tornados in Afghanistan allein hehren entwicklungspolitischen Zielen dienen? In einer Partei, die nicht weiß, wo sie steht und was sie will, wirken intrigante Machtspiele in Berlin zwischen Linken und Realos auf groteske Weise hilflos.

### **Kern des Übels in einem einfachen Satz**

Robert Zion, der Grüne, dem die Führung ihre verheerende Bloßstellung auf dem jüngsten Göttinger Parteitag dankt, hat den Kern des Übels in einen einfachen Satz gepackt: Wer nicht den Nachweis der Oppositionsfähigkeit erbringe, der brauche über Regierungsfähigkeit gar nicht erst nachzudenken.

Das ist der entscheidende Punkt der grünen Misere. Noch immer tun Bütikofer, Roth, Künast, Kuhn und Trittin, als ob es sich bei der Abwahl 2005 um einen zufälligen Ausrutscher der Wähler gehandelt habe. Aber nein, diese Grünen sind abgewählt worden. Für ihre Politik zu Fischers Zeiten. Für ihren offenbar gewordenen regierungsamtlichen Opportunismus. Wegen ihres Ausverkaufs grüner Basis-Hoffnungen, wenn der große Vorsitzende Joschka gerade mal wieder eins seiner Damaskus-Erlebnisse hatte. Die grüne Idee ist verschütt gegangen.

### **Die Grünen werden nicht mehr gebraucht**

Wohin die Führungsgrünen jetzt wollen, wissen sie nicht. Das Thema Umweltpolitik ist auch in der politischen Konkurrenz angekommen; Angela Merkel hat es besetzt, sozusagen weltweit. Für den Kampf gegen den Klimawandel werden die Grünen nicht mehr gebraucht. Anti-Kriegspartei? Das ist die neue Konkurrenz von der Linkspartei. Wo findet bei den Grünen eine konsequente Diskussion der Globalisierung und ihren Gewinnern sowie Verlierern statt? Oder: Weshalb musste erste eine Ursula von der Leyen kommen, um die Bedeutung frühkindlicher Betreuung und den damit verbundenen Lebenschancen zum Megathema zu machen?

Warum gibt es in der Berliner Fraktion bis heute keine selbstkritische Debatte über Hartz IV, wie sie bei der SPD jetzt läuft? Könnte es sein, dass sich die Fraktion heute dafür schämt, dass sie zu rotgrünen Regierungszeiten offensiv alles mitgetragen hat, was sich alsbald als Verschlimmbesserung heraus gestellt hat. Und schließlich: In der Auseinandersetzung über einen vertretbaren Mittelweg zwischen allgegenwärtigem Sicherheitsstaat und freiheitlich verfasster Gesellschaft finden die Grünen ebenfalls nicht statt. Dabei könnte doch gerade das liberale, großstädtische Bürgerpublikum, den Grünen ohnehin schon immer modisch zugewandt, neue Wähler bescheren, da die FDP ihre ökologisch-liberalen Grundüberzeugungen seit langem dem Image als Ein-Punkt-Partei der Steuersenkung untergeordnet hat.

### **Man muss neue Gedanken zulassen**

Altpräsident Roman Herzog spottet gerne, das Volk sei keineswegs dümmer als seine Ministerialräte. Die grüne Führung ist genau auf der hochnäsigen Ebene der regierungsamtlichen Ministerialbürokratie angekommen. Dass zwei Drittel der Bürger den Krieg in Afghanistan für falsch halten, beeindruckt sie nicht. Wer Fehler in der früheren Regierungsarbeit gemacht hat, sollte sie in der Opposition offen und selbstkritisch aufarbeiten. Man muss neue Gedanken zulassen. Darf sich nicht vor den Lebens- und Machtlügen der Vergangenheit drücken.

Die Vergangenheitsbewältigung müssen die Grünen schon alleine leisten. Ihr Joschka wird ihnen dabei nicht helfen. Die rotgrünen Jahre wollen aufgearbeitet werden. Was kann bleiben, was muss weg? Dass Fischer ihnen dabei nicht helfen wird, steht fest.



Sonntag, 04.11.2007

## Die Gelassenheit der Ohnmächtigen



Sonntagsgespräch zur weltpolitischen Kultur: Schriftsteller Adolf Muschg (l.) und Grünen-Politikerin Antje Vollmer diskutierten im DNT mit Heiner Geißler (2.v.l.) und Robert Zion. Foto: Schuck

Weimar. (tlz) Die Hoffnung, dass nun eine Welt der Vielfalt mit friedlichem, fruchtbarem Austausch zwischen den Kulturkreisen entstünde, hegen viele Menschen - sogar Politiker - unmittelbar nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989. Wie bald diese Blütenträume am nackten Pragmatismus eines globalen Ökonomismus zerschellt sind, blieb Adolf Muschg und Antje Vollmer gestern nur lapidar festzustellen. "Eine multipolare Welt - geht das überhaupt?", hieß die Frage, über die die beiden

Zeitdiagnostiker mit Gästen ihrer "Polis Europa" im DNT Weimar diskutieren wollten.

Haben sie aber gar nicht, denn erstens kommt es anders und zweitens als man denkt. Dass die damalige US-Außenministerin Madeleine Albright gleich nach der Wende mit dem Kampf gegen Armut, Hunger und Terrorismus neue Feindbilder definiert und mit dem 11. September 2001 "das Gesetz des Dualismus und das Gesetz des Krieges wieder in Kraft gesetzt wurden", hat Antje Vollmer bemerkt. Und CDU-Vordenker Heiner Geißler erklärt, vom Fundament der katholischen Sozialethik argumentierend: "Der Unfriede, den wir heute auf der Welt haben, hat zu großen Teilen ökonomische Ursachen."

Adolf Muschg weist noch auf mosaisches Pathos und Strenge in der aus der Tradition der Pilgrim Fathers entwickelten angelsächsischen Geisteshaltung hin - und eigentlich wäre man damit am Ende gewesen, hätte es sich nicht gelohnt, das Thema mit gebührend heiterer Gelassenheit zu umkreisen; Motto: Was wäre, wenn? Etwa wenn die nächste US-Regierung ihre Nahost-Politik revidiert.

Der grüne Basispolitiker Robert Zion, der mit der Organisation des Göttinger Sonderparteitages und dem Antrag gegen das deutsche Afghanistan-Engagement von sich reden machte, erkennt verletzten Stolz, Wut über die eigene Unzulänglichkeit und eine Reaktion auf die Globalisierung als wahre Ursachen des islamischen Fundamentalismus. Die Fremdheit des jeweils anderen anzuerkennen, um sie dann zu überwinden: Das wäre Zions maximaltolerante Idee praktizierter Multipolarität. "Ich glaube, dass jede Kultur ihre eigene historische Entwicklung machen muss", meint er - auch mit Blick auf die europäischen Revolutionen 1789 und 1989.

Nicht so Heiner Geißler. "Eine Multipolarität, die erlaubt, Menschen, die anderer Meinung sind, umzubringen, kann nicht akzeptiert werden", warnt der engagierte Grundrechts-Verfechter. Er verlangt "eine Weltordnung, die auf der Unteilbarkeit der menschlichen Würde beruht" - und dies im allerweitesten und prinzipiellen Sinne. Antje Vollmer nennt es spottfrei "Menschenrechtsimperialismus". Aber wer glaubt denn, dass man sich global zumindest auf gegenseitige Toleranz einigen könnte? Und wären

wir je dazu bereit, fremde Gesellschaftsordnungen leichthin zu akzeptieren, die Unterdrückung, Folter und Verstümmelung als kulturellen Bestandteil tragen.

Nein, da ist Geißler als christlicher Aufklärungsaktivist völlig sympathisch, auch wenn Adolf Muschg sagt, dass "wir mit der kohärenten Anthropologie nicht mehr durchkommen". Was bleibt? - Geduld. Gelassenheit. Warten, bis Ideen und Ideale einer selbstinduzierten Aufklärung, etwa in Nah- und Fernost, Fuß fassen. Eine westliche Bevormundung wird dort nicht akzeptiert. Doch ahnt Antje Vollmer schon: "Der Luther im Islam wird eine Frau sein." Hoffentlich.

! Nächste "Polis Europa" am 20. Januar 2008

04.11.2007 Von Wolfgang Hirsch

Thüringische Landeszeitung Verlag OHG

13.11.2007

## Grüne: Quo vadis, Sozialpolitik?

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Nürnberg am 23. November steht Ärger an. Mit zwei Haupt- und vielen Änderungsanträgen wollen sich die Grünen über die Alternative Grundsicherung oder Grundeinkommen sozialpolitisch neu justieren. Vor allem will der Bundesvorstand ein Göttingen II verhindern, wo er in der Frage der Tornadoeinsätze in Afghanistan eine Schlappe erlitt. Doch mit der optimierten Fassung der Grundsicherung für Arbeitsuchende gibt sich die Parteibasis nicht zufrieden. Weit über die grüne Partei hinaus halten viele Hartz IV für gescheitert, obwohl die Arbeitslosigkeit sinkt.

Befürworter der Grundsicherung haben vor allem ein schlechtes Bauchgefühl. Eine unkalkulierbare Großreform sei sie und breite das Füllhorn über jene aus, die es gar nicht bräuchten. Menschenbilder hin oder her: Transfers stammen schließlich von Steuerzahlern.

Grüne Befürworter des Grundeinkommens, vor allem aus Baden-Württemberg, die Grüne Jugend oder der Grüne Frauenrat, entgegnen, es gehe weder um das Ende der Lohnarbeit noch um einen Linksruck, sondern um eine finanzierbare Reform mit weniger Gängelei und mehr Teilhaberechten. Der Systemwechsel stehe an, denn schon heute müssten 10 Millionen Menschen als Bittsteller auftreten.

Beim Modell der Grundsicherung würde sich die Zahl vervielfachen, weil sich die Förderhöchstgrenzen nach oben verschöben. Ein kundenorientiertes Jobcenter ohne Sanktionen gegen Arbeitslose sei darum utopischer als ein Grundeinkommen.

Tatsächlich belegen zahlreiche unabhängige Studien, dass die Arbeitsmarktreformen wirkungslos, teuer und kontraproduktiv seien und Hartz IV mit dem Aufschwung so viel zu tun habe wie die Geburtenrate mit der Storchenpopulation. Überdies sei es für die Beschäftigung schädlich, wenn von 100 zusätzlich verdienten Euro nur 20 Euro in der Geldbörse verbleiben, wie der Grundsicherungsantrag des Bundesvorstands vorsehe. Bei den Grünen wird über Grundeinkommen schon lange diskutiert, sie hatten aber Mitte der 90er Jahre ihren sozialpolitischen Sachverstand abgestreift und der Idee kurz vor Rot-Grün abgeschworen.

Die Parole Senkung der Lohnnebenkosten versprach Jobs und Regierungsbeteiligung. So trugen die Grünen unter Joschka Fischer murrend die Agenda 2010 mit. Fürwahr, dass Schröder-Fischer 2002 zum zweiten Mal drankam, war ein erster Hartz-Erfolg. Ein zweiter für Personalchefs ist, dass die Konzessionsbereitschaft aller Arbeitnehmer wächst, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen.

Seither hagelt es Niederlagen. Zunächst ist da der bedenkliche Anstieg von Einkommensarmut und Zukunftsangst durch die marktradikalen Reformen bis weit in die Mittelschichts-Klientel hinein. Nicht weniger bedenklich für den Wirtschaftsstandort ist der gedämpfte Produktivitätsanstieg gerade dort, wo die Arbeitsmarktreformen wirken. Sie haben den Langzeitarbeitslosen nicht wirklich etwas gebracht. Dafür sinken die Löhne real auf breiter Front. Der politische Unmut war 2005 so groß, dass neu gewählt und Rot-Grün abgewählt wurde. Überrascht von der Wucht der sozialen Einschnitte bessern viele Kommunen heute mit sozialen Härtefonds nach. Die Mehrheit der Wirtschaftsweisen finden die Arbeitsmarktreformen zwar gut, aber einheitlich und überzeugend ist ihre Hartz-Zwischenbilanz nicht.

Am Grundeinkommen ist gut, dass es kein rechtes oder linkes Projekt darstellt. Das Spektrum der Befürworter ist breit und reicht von der Linkspartei bis zu Wirtschaftsliberalen wie Straubhaar, dem Unternehmer Götz Werner oder Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus. In Nürnberg steht am Wochenende kein bedingungsloses Grundeinkommen auf der Tagesordnung, sondern ein garantiertes Mindesteinkommen, was gegenüber der Grundsicherung drei wesentliche Vorteile hätte. Es kommt mehr unten an, weil weniger Bürokratie nötig ist. Das Modell ist besser durchgerechnet als die Grundsicherung, und so bleibt mehr Geld für das übrig, was Langzeitarbeitslose wirklich brauchen: Bildung. Schließlich wäre Leistungsgewährung von den Beratungs- und Hilfeangeboten entkoppelt.

Einige Stolpersteine haben die Kontrahenten bei den Grünen ausräumen können. So soll der Regelsatz einheitlich auf 420 Euro angehoben werden. Daneben gibt es wie bei jeder Kontroverse Missverständnisse. Die Kontrahenten müsste versöhnen, dass bei einem Gesamtpaket aus Garantie-

Einkommen und Mindestlöhnen die Menschen leichter „Working-Poor-Jobs“ ablehnen könnten, was für eine soziale Marktwirtschaft gut ist.

Die Bundesdelegierten in Nürnberg wollen ebenso wenig wie die Parteispitze ein Göttingen II. Doch die Premiumversion der Grundsicherung für Arbeitsuchende dürfte als Hartz-IV-Schönfärberei bei der Basis ankommen. Auch aus diesem Grund hat die Einstiegsvariante des Grundeinkommens als sozialpolitische Neujustierung eine gute Chance.

Dr. Klaus-Uwe Gerhardt ist Wirtschaftspädagoge in Obersthausen.

DER SPIEGEL 47/2007 vom 19.11.2007, Seite 48

**Autoren: Matthias Bartsch, Markus Deggerich und Per Hinrichs**

**GRÜNE**

## **Wohin mit der Sonnenblume?**

**In der Chefetage der Grünen herrscht Angst vor der Basis. Doch zum Parteitag in Nürnberg ist die genauso orientierungslos wie ihr Führungspersonal.**

In wenigen Tagen wollen sie endlich mal wieder feiern. "25 Jahre Grüne im Hessischen Landtag" steht auf der Einladung zum Festakt am 30. November. Die Chefin der Bundestagsfraktion, Renate Künast, wird reden, "Partymusik von den Achtzigern bis heute" ist angedroht, und sicher werden auch die angestaubten Anekdoten zu hören sein, über eine legendäre Ministervereidigung in Turnschuhen, über Abgeordnetenrotation und den Kampf gegen die Hanauer Atomfabriken. Viele Seufzer wird es geben über Zeiten, als die Welt noch in Ordnung war: Die Grünen waren die Guten, die Etablierten ein leicht auszumachender Gegner.

Für die grüne Selbstbeweihräucherung gibt es keinen besseren Ort als Frankfurt: Von dort startete einst Joschka Fischer seinen langen Marsch in Richtung Macht. Und wenn die Macht im Bund auch längst verlorenging, hier in Frankfurt regiert man wenigstens noch. In der Hauptstadt des Kapitals ist zur Normalität geworden, was vor einem Vierteljahrhundert noch undenkbar schien: Eine schwarz-grüne Koalition sitzt im Rathaus der Stadt. "Die Grünen", sagt der hessische Partei- und Fraktionschef

Tarek Al-Wazir, 36, abgeklärt, "haben sich natürlich sehr verändert. Aber die Gesellschaft um uns herum eben auch."

Einer wie Robert Zion, 41, will so viel grünen Wandel nicht einfach hinnehmen. Der Mann aus Gelsenkirchen hatte den Sonderparteitag zum Afghanistan-Einsatz Mitte September durchgesetzt und die Parteioberen das Fürchten gelehrt. Seitdem reist er als Held des linken Teils der Basis durch die Republik. Der gelernte Koch und diplomierte Sozialwissenschaftler war erst 2002 bei den Grünen eingetreten - zu einer Zeit, als andere der Partei den Rücken kehrten, desillusioniert von der Regierungsbeteiligung in Berlin. Während die Gründergeneration in einem schmerzhaften Prozess gelernt hatte, regierungsfähig zu werden, wollen Leute wie Zion zurück zu den Wurzeln. "Wir müssen", fordert er, "die Oppositionsfähigkeit wieder lernen."

Es liegen Welten zwischen Tarek Al-Wazir und Robert Zion, zwei Männern einer Parteibasis, die für die Führung zur großen Unbekannten geworden ist, die ihren Leuten im Bundestag das Leben schwer macht. Seit dem Desaster von Göttingen, als die Delegierten die Vorlagen der Führung zu Afghanistan einfach wegfeigten, herrscht in der Grünen-Führung schlicht Angst vor ihren eigenen Anhängern.

Diese Woche kommen die Grünen erneut zu einem Parteitag zusammen. Und nicht noch einmal wollen sich die Vorsitzenden Claudia Roth und Reinhard Bütikofer vorführen lassen. Sie haben deshalb aus den Anträgen tilgen lassen, was die Basis allzu sehr reizen könnte. Aus dem Antrag "Grüne Marktwirtschaft" wurde gestrichen, was zu marktliberal klang. Nun ist in dem Papier oft vom "Staat" und von notwendiger "Regulierung" die Rede.

Auch die Hartz-Gesetze, einst mitgetragen von den Grünen, sollen reumütig überprüft werden. Ob das der Basis reichen wird? Ob sie so zu ködern ist wie früher, als die Lager klare Konturen hatten? Längst verlaufen die Linien bei den rund 45 000 Mitgliedern nicht mehr zwischen Realos und Fundis, zwischen oben und unten. Die Individualisierung hat die Partei voll erfasst und schleichend verändert.

"Nur aus Erzählungen alter Parteifreunde" kennt eine wie Christa Goetsch, 55, Flügelkämpfe wie in den achtziger und neunziger Jahren. Erst seit 1995 ist sie Mitglied

der Partei, inzwischen Fraktionsvorsitzende in der Hamburger Bürgerschaft. Stolze 13 Prozent oder mehr prognostizieren die Umfragen den einst radikalsten Grün-Alternativen der Republik für die kommende Bürgerschaftswahl im Februar.

Vor allem junge Akademiker, Frauen und Familien wenden sich der Partei zu, die ehemals Hochburg der Fundis war. "Wir hatten immer eine starke bürgerliche Komponente", sagt Goetsch, "das haben wir nie verleugnet." Selbst mit dem CDU-Bürgermeister Ole von Beust, der seine Partei mit einem Klimaschutzprogramm auf neue Zeiten einstimmt, wäre ein Bündnis wohl möglich. "Wir werden sicher mit denen reden, wenn die das wollen",

sagt die Grüne selbstbewusst.

Doch so verlockend für die einen die Aussicht auf Schwarz-Grün in Hamburg erscheint, so sehr steht sie im Kontrast zu den Planspielen mancher Parteioberen für die kommenden Wahlkämpfe. Fraktionsvize Jürgen Trittin sieht die Republik vor einem Lagerwahlkampf alter Schule. "Eher links" müssten die Grünen sein, schwarzgrüne Gedankenspiele hält er für illusorisch. Wähler würden sie als "Zockerei" abstrafen. Trittins Skepsis hat sich bis nach Hamburg herumgesprochen, doch jegliche Einmischung wird selbstbewusst zurückgewiesen. Man werde selbst entscheiden, welches Bündnis gut für die Stadt sei.

Nach Jahren der Gefolgschaft lotet die Basis den neuen Freiraum aus, das Machtvakuum nach dem Rückzug Joschka Fischers. Die Landesverbände lassen sich nicht mehr nach dem alten Fundi-Realo-Muster einordnen. Der Parteitageantrag für ein Grundeinkommen von 420 Euro im Monat stammt aus der alten Realo-Hochburg Baden-Württemberg. Im traditionell linken Landesverband Berlin hingegen findet das Grundeinkommen keine Mehrheit.

Doch die grüne Vielfalt erhöht nicht die Anziehungskraft der Partei. Nur noch neun Parteifreunde sitzen Dienstagabend in Frankfurt am Main, beim Treffen der Stadtteilgruppe "Nordend". Das Licht ist gemütlich gedimmt, auf den Köpfen der meisten Anwesenden dominiert die Farbe Grau. Der Abend wird eröffnet von Jörg Harraschain, er ist 65 Jahre alt und stellt sich als "Dorfältester" vor. Die Sitzungen der Stadtteilgruppe sind noch immer öffentlich, jeder kann, wie früher in besten Sponti-Zeiten, einfach dazukommen, mitdiskutieren. Das Angebot nimmt jedoch kaum noch jemand an. Vor allem die ganz Jungen ließen sich nicht mehr oft bei ihnen blicken, räumt Matthias Weber ein, der "Nordend"-Vorsitzende: "Wir müssen aufpassen, dass wir nicht überaltern."

Aber womit sollen sie auch werben? Traditionellen Grünen wurde in den vergangenen Monaten viel zugemutet: Erst verprellte die Parteispitze durch abfällige Bemerkungen über Ostermärsche die Friedensbewegten. Dann mussten sie mitansehen, wie sich bei den Protesten gegen den G-8-Gipfel Lafontaines Linke in der außerparlamentarischen Opposition breitmachte.

In ihrer Hilflosigkeit versuchen die Grünen, sich alle Optionen offenzuhalten. Bei so widerstrebenden Interessen ist es den Parteioberen fast unmöglich, einen Kurs zu finden, der die Basis mitnimmt - und die Wähler nicht ratlos lässt. Parteichefin Roth und Fraktionsvize Jürgen Trittin vermuten die Mehrheit eher links, Fraktionschef Fritz Kuhn und Parteiführer Bütikofer setzen auf eine moderne Mitte, die Fraktionsvorsitzende Künast versucht, alle Lager gleichzeitig zu bedienen.

Irritiert beobachtet Marcus Bocklet diese Farbenspiele von Frankfurt aus. Er war jung, als er 1981 zu den Grünen kam, gerade mal 17. Bocklet erhielt den Mitgliedsausweis mit der Nummer 45: "Ich war noch vor Joschka Fischer und Dany Cohn-Bendit da", sagt er stolz. Anfangs wollte er in die Parlamente ziehen, nur um die "Großen" zu provozieren, keinesfalls um selbst zu regieren. Inzwischen ist er mit 43 zum "Realo" mutiert, verteidigt sogar die schwarz-grüne Koalition in Frankfurt: "Gerade die jungen Leute sagen uns, dass sie kluge politische Entscheidungen wollen, keine ideologischen Scheuklappen."

Aber wenn Bocklet gefragt wird, ob er heute, wäre er noch einmal 17, wieder bei den Grünen eintreten würde, kommt er ins Schleudern. "Hmm, gute Frage", sagt Bocklet, "vielleicht eher bei Greenpeace." Dann aber setzt er - vielleicht weil in Hessen demnächst gewählt wird - schnell noch nach: "Oder doch bei den Grünen."

Die wollen sich beim Parteitag in Nürnberg ein neues Gesicht geben. Etwas zum Wiedererkennen. Etwas zur Orientierung, ein neues Logo. Doch selbst dabei mögen die Chefs keine Niederlage mehr riskieren: Gleich drei Entwürfe stehen zur Wahl. Wo die knallgelbe Sonnenblume auf blaugrünem Grund leuchten soll, eher links, eher rechts, darf die Basis entscheiden.

MATTHIAS BARTSCH, MARKUS DEGGERICH,

PER HINRICHS

\* Am 15. September in Göttingen.

**DER SPIEGEL 47/2007**

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG.

Dieser Artikel ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt. Sie dürfen diesen Artikel jedoch gerne verlinken.  
Unter <http://corporate.spiegel.de> finden Sie Angebote für die Nutzung von SPIEGEL-Content zur Informationsversorgung von Firmen, Organisationen, Bibliotheken und Journalisten.  
Unter <http://www.spiegelgruppe-nachdrucke.de> können Sie einzelne Artikel für Nachdruck bzw. digitale Publikation lizenzieren.

zuletzt aktualisiert: 23.11.2007 07:56

## Vor dem Bundesparteitag

### Grünen-Spitze fürchtet Aufstand der Basis

**Nürnberg (RPO).** Nach dem Desaster auf dem Afghanistan-Sonderparteitag im September fürchtet die Parteiführung der Grünen einen erneuten Aufstand der Basis auf dem heute beginnenden Bundesparteitag in Nürnberg. Vor allem die Sozialpolitik birgt jede Menge Zündstoff. Der Grünen-Landtagsabgeordnete Oswald Metzger zog mit seinen abfälligen Äußerungen über Sozialhilfeempfänger den Zorn von Parteichefin Claudia Roth auf sich. Metzger drohte mit dem Parteiaustritt.

Kurz vor dem Beginn des Grünen-Parteitags in Nürnberg forderte Parteichefin Roth den baden-württembergischen Grünen-Politiker Metzger am Freitag auf, sich wegen seiner kritischen Äußerungen zu entschuldigen. Mit Blick auf Metzgers Kritik an dem Antrag auf eine Grundsicherung, der in Nürnberg debattiert werden sollte, sagte Roth im ZDF-Morgenmagazin: "Da wäre eigentlich eine Entschuldigung fällig."

Metzger habe "mit sehr unschönen Worten Sozialhilfeempfänger stigmatisiert", kritisierte Roth. Auf dem Parteitag in Nürnberg soll am Wochenende über die Sozialpolitik beraten werden. Metzger will vom Verlauf der Debatte abhängig machen, ob er aus der Partei austritt.

Roth wies Kritik an dem Modell der Grundsicherung im Morgenmagazin zurück. "Wir verabschieden uns nicht in die Utopie, sondern wir fragen, was ist Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft", sagte Roth. Sie plädiere für eine Grundsicherung, "denn ich glaube, es ist Aufgabe des Staates, denjenigen zu helfen, die Unterstützung brauchen".

Bundestagsfraktions-Chefin Renate Künast warnte vor einer erneuten Wahlschlappe für den Parteivorstand. "Eine Niederlage für die Parteiführung schwächt die Grünen insgesamt", sagte Künast der "Passauer Neuen Presse". Sie glaube aber, "das wissen die Delegierten. Sie werden ihr Mütchen nicht an der falschen Stelle kühlen".

Künast steht wie Co-Fraktionschef Fritz Kuhn hinter dem Modell der Parteispitze, ein Grundeinkommen statt einer Grundsicherung einzuführen. "Ich bin guten Mutes, dass es sich durchsetzen wird. Bei der Grundsicherung handelt es sich um keine unmöglichen und illusionären Wünsche", sagte Künast.

Der Parteilinke Robert Zion tritt für das Grundeinkommen ein. Auf dem Parteitag gehe es "nicht ums Abstrafen oder irgend eine Personaldebatte. Es geht um die Inhalte", sagte Zion. Er sieht seine Partei an einem Scheidepunkt: "Es geht darum, ob die Grünen von einem Ein-Generationen-Projekt zu einem Mehr-Generationen-Projekt werden." Sie dürften nicht zur "Funktionspartei" werden, die als "programmatisches Anhängsel der SPD" allenfalls zum Mehrheitsbeschaffer taue.

Es müsse ein zentrales inhaltliches Projekt geben, für das die Grünen stehen, so Zion, dies sei das Grundeinkommen. Die Bundestagsfraktion sieht Zion auf dem falschen Weg: Derzeit strebe die das "Regieren nur um des Regierens willen" an. "Der Parteivorstand ist relativ nah an der Basis. Das Problem ist das Machtzentrum in der Fraktion."

#### Schnelle Klärung der Führungskrise gefordert

Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer forderte seine Partei zur raschen Klärung ihrer Führungskrise auf. "Wir müssen schleunigst über die Spitzenkandidatur entscheiden", sagte Palmer der "Berliner Zeitung". Er sei dafür, dies mit Hilfe einer Urabstimmung zu tun. Die Basis müsse entscheiden, wer am besten geeignet sei.

Kandidaten seien die beiden Partei- und Fraktionsvorsitzenden sowie der ehemalige Umweltminister Jürgen Trittin. Von einer Doppelspitze riet er Palmer ab. Diese sei in einer zugespitzten Wahlkampfsituation "nicht ideal".

Palmer warb für 2009 erneut für ein schwarz-grünes Bündnis: "Es ist doch interessant, dass Angela Merkel bei der Mehrheit der Grünen-Wähler besser da steht als Kurt Beck." Er zeigte sich überzeugt, dass die Grünen-Basis ein solches Bündnis absegnen würde, wenn ein schwarz-grüner Koalitionsvertrag inhaltlich überzeugend sei. Allerdings müsse die Union zuvor Ernst mit ihrer Klimaschutzpolitik machen, mahnte Palmer.

Anzeige

---

**zurück**

Artikel drucken

Url: <http://www.ngz-online.de/public/article/aktuelles/politik/deutschland/503631>

## Grüner Parteitag: Alte Gegner, neue Fans

**Claudia Roth macht sich Mut**



NÜRNBERG - Der Rebell von Göttingen ist wieder da. Ganz außen, am rechten Rand der weiten Messehalle sitzt Robert Zion unauffällig unter den nordrhein-westfälischen Delegierten-Kollegen und blättert in seinen Parteitagsunterlagen. Wortkarg gibt er sich. Nein, er habe keinen großen Auftritt vor an diesem Wochenende in Nürnberg. "Das werden andere übernehmen."

Man muss das dem 41-jährigen nicht unbedingt glauben. Vor zwei Monaten beim Sonderparteitag zur Zukunft der Bundeswehreinätze in Afghanistan hatte der Nobody auch aus dem Stand heraus die komplette Parteiführung mit einer fulminanten Rede das Fürchten gelehrt und eine überraschende Mehrheit gegen deren Leitansatz zur Fortsetzung des Militäreinsatzes organisiert.

### Herrn Zions Probleme

Um Außen- und Sicherheitspolitik wird es an diesem Wochenende nicht gehen. Die Debatte zur Zukunft der Sozialsysteme am Samstag steht im Mittelpunkt des Parteitags. Aber wieder hat der schwächliche Herr Zion so seine Probleme mit dem Vorschlag des Parteivorstands, die Einführung einer so genannten Grundsicherung für Bedürftige zu fordern. In einem Internet-Beitrag hat er sich hinter den Gegenentwurf Grundeinkommen ausgesprochen, das ohne Bedarfsprüfung allen Menschen zustehen soll. Nicht um die Korrektur der rot-grünen Reformpolitik, sondern um deren Rücknahme geht es Zion. "Wir haben einen Fehler gemacht, und der heißt Hartz IV", sagt der streitbare Basisvertreter. "Wir wollen den gegenwärtigen autoritären, kontrollierenden und gängelnden Sozialstaat überwinden."

In der Begeisterung für das Grundeinkommens-Modell drückt sich bei vielen Grünen die Freude an der "wiedergewonnenen" Oppositionsrolle aus. Die Parteivorsitzenden Reinhard Bütikofer und Claudia Roth möchten die Grünen dagegen lieber möglichst schnell wieder in Regierungsverantwortung bringen und deshalb die Partei inhaltlich nicht auf einen Kurs führen, für den weit und breit kein Partner in Sicht ist.

Weil sie ahnen, dass es trotz gründlicherer Vorbereitung aber auch in Nürnberg aus Sicht des Vorstands wieder schiefgehen könnte, bauen sie rhetorisch schon mal vor. "Lasst euch nicht einreden, dass die offene, kontroverse Diskussion von schwierigen Fragen ein Fehler wäre", rief Claudia Roth in ihrer Auftaktrede den Delegierten zu.

Sie will Korrekturen, nicht die komplette Abkehr von den gemeinsam mit der SPD beschlossenen Sozialreformen. Korrekturbedarf sieht sie vor allem bei den Regelsätzen des Arbeitslosengeldes II. Die müssten erhöht werden. Etwa der Betrag, der derzeit für den Lebensmittelbedarf eines Kindes angesetzt wird. "Denn von 2,50 Euro am Tag kannst du ein Kind in diesem Land nicht gesund ernähren." Im Übrigen, meint die Parteichefin, könne man ja in der Debatte, wie am besten mehr soziale Gerechtigkeit in diesem Land hergestellt werden kann, über so ziemlich jeden Vorschlag reden. Doch was die die Schwachen der Gesellschaft "gar nicht brauchen können, ist eine beleidigende Stigmatisierung".

### «Entschuldigung überfällig»

Und damit alle wussten, wen sie da meinte, schob Roth unter lautem Beifall hinterher: "Oswald, eine Entschuldigung auf diesem Parteitag ist überfällig." Durchaus möglich, dass der ehemalige Finanzexperte Oswald Metzger, der dieser Tage mit der Interview-Äußerung, viele Sozialhilfeempfänger sähen "ihren Lebenssinn darin, Kohlenhydrate oder Alkohol in sich hinein zu stopfen", den Parteitag eher zur Bekanntgabe seines Austritts aus der grünen Partei nützen wird.

Gut, dass Claudia Roth in diesen schweren Zeiten neue Freunde hat, auf die mehr Verlass ist. Noch nie hat ein Präsident des Deutschen Fußballbundes (DFB) bei einem Grünen-Parteitag vorbeigeschaut. Theo Zwanziger machte diese Premiere gestern sichtbar Spaß. Er kam vor

alles, um von der Entschlossenheit des DFB zu berichten, jeder Art von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt den Kampf anzusagen. "Der Ball ist für alle da."

Aber der fröhliche Präsident wollte auch eine öffentliche Liebeserklärung an Claudia Roth loswerden. "Seit ich sie kenne", ließ er die begeisterte Versammlung wissen, "bin ich ein ganz anderer Mensch geworden." In der DFB-Kulturstiftung hat er "Fußballeidenschaft, Emotion und Intelligenz" der Grünen-Chefin kennengelernt. Umarmung und Küsschen für den "lieben Theo" gab es zum Dank zurück. Außerdem wie im richtigen Fußballer-Leben einen Trikot-Tausch. Zwanziger darf sich nun ein grünes Leibchen mit der Rückennummer «20» überstreifen. Dafür könnte Roth mit der «19» in die DFB-Elf aufrücken.

Und die Grünen-Chefin bekam die Zusicherung, dass der DFB-Chef bei der Frauen-WM 2011 die "fußballverrückte, grüne Basis erleben" werde. Auch auf die Männer ihrer Partei dürfe Zwanziger in vier Jahren zählen. Mal sehen, was bis dahin aus Robert Zion geworden ist.

*Hans-Peter Kastenhuber*

23.11.2007 19:56 MEZ

© NÜRNBERGER NACHRICHTEN



DerWesten - 27.11.2007

<http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/politik/2007/11/27/news-7313894/detail.html>

## Nicht mehr ganz grün

**WAZ** Politik, 27.11.2007, Von Thomas Wels (einerseits) und Lutz Heuken (andererseits)

### Oswald Metzger verlässt die Partei

Einerseits ist der Austritt von Oswald Metzger ein immenser Verlust für die Grünen. Metzger ist ein Realpolitiker, der Ahnung von Ökonomie hat, der als Friedrich Merz der Grünen nie handzahn, immer unbequem war und damit einer, der für die Klientel der Besserverdienenden bei den Grünen stand: Leute, die mit dem Dreier-BMW ins Büro fahren, die sich dennoch um die Umwelt sorgen, die im Öko-Laden teuer einkaufen und die etablierten Parteien für zu etabliert hielten. Leute, die entscheiden wollen und die eine Partei wählen, nicht weil sie Opposition, sondern Regierung sein will.

Andererseits ist Oswald Metzger ein eitler Selbstdarsteller. Um den sich viel zu viel drehte. Mit seiner anti-sozialen Haltung passt er nicht zu den Grünen, wie sie sein sollten, wie sie gebraucht werden. Denn in Deutschland fehlt nun wirklich keine weitere Partei, die die neoliberalen Thesen der obereren Zehntausend und ihrer Ökonomen nachbetet. Es fehlt eine Partei, die wirklich Opposition ist - gesellschaftspolitisch, kulturell und auch sozial. Fazit: Angepasste Metzger gibt es in der Politik genug, was fehlt, sind Typen mit Mut zum radikalen Widerspruch. Die Grünen sollten Oswald M. keine Träne nachweinen.

Einerseits ist mit dem Abgang von Metzger auch klar: Diese Partei will Opposition sein, will mal eben 60 Milliarden Euro für Soziales und Bildung ausgeben, will nicht fragen, woher das Geld kommen soll, will sich außerparlamentarisch zurück zu den Wurzeln graben. Was für ein Fehler: So wie die Grünen vor 20 Jahren waren, braucht sie keiner mehr. Die Union macht längst in Klimaschutz, ebenso wie die SPD. Das ist das Verdienst der Grünen, sie haben aber ihre Schuldigkeit getan. Ohne ökonomische Kompetenz, ohne außenpolitische Verantwortung wie für Afghanistan, ohne Antworten für die Generation Praktikum sind die Grünen nur eines: schlicht überflüssig.

Andererseits sind die Grünen nur überflüssig, wenn sie so sind wie all die anderen. Die Partei hat ja längst ihre Unschuld verloren; als sie in der Regierung Hartz IV zustimmte und Kampfeinsätzen der Bundeswehr; als das angeblich einzig Machbare zum alleinigen Maßstab wurde und Utopien über Bord mussten; als Posten wichtiger wurden als Ideale. Wo finden Menschen heute eine Heimat, die sich noch eine andere Welt vorstellen können als die der Bushs und Börsenkurse. Wo sind die Querdenker? Eine solche Partei fehlt wahrlich in Deutschland. Die Grünen könnten (wieder) so eine Partei werden.

Und wohin geht jetzt Oswald Metzger? In die FDP (einerseits). In die Wirtschaft (andererseits).

Michael Jäger

## Bloß nicht die Geister rufen, die schon Hartz IV brachten

Politik

Kultur

Literatur

Start

Service

Recherche

**PARTEITAG DER GRÜNEN** ■ *Die Debatte "Grundsicherung oder Grundeinkommen" war ein Weg, von Gerhard Schröders Agenda abzurücken*

Vielen Medien ist es egal, was eine Partei will: Interessanter finden sie den Kampf um Führungsposten oder deren Verteidigung. Nun, das spielte in Nürnberg eine wichtige Rolle. Am Vorabend hatte Renate Künast erklärt, eine Ablehnung der Vorstandsvorlage zur Grundsicherung könne die Führung beschädigen und die Partei in eine Krise stürzen. Reinhard Bütikofer sagte dann zwar in der Debatteneinleitung, die Delegierten sollten sich hiervon nicht beeinflussen lassen, sondern in der Sache entscheiden. Doch allen war klar, Künast hatte recht. Es war Wunschdenken, wenn Claudia Roth meinte, in Göttingen beim Streit um die Afghanistan-Politik habe nur die Führung eine Niederlage erlitten, nicht die Partei. Das wäre richtig, wenn nicht anschließend die Bundestagsfraktion der Grünen ihre Distanz zum Göttinger Beschluss deutlich gemacht hätte. Daran drückte Roth sich vorbei und betonte nur, sie selbst habe mit dem Beschluss kein Problem gehabt. So kann man das Ansehen einer Führung, aber auch einer Partei nicht steigern.

Trotzdem ist die Abbildung vieler Medien falsch, im Streit "Grundsicherung oder Grundeinkommen" sei es um die Rettung von Hartz IV gegangen, die Führung, um sich im Sattel zu halten, habe daran festhalten müssen und den Kritikern nur einige Zugeständnisse gemacht. Man muss es anders sehen: Die Partei hat einen Weg gefunden, von Hartz IV abzurücken, ohne dass die Peinlichkeit überhand nahm. Der Weg bestand darin, dass sie nicht "Hartz IV ja oder nein" diskutierte, sondern "Grundsicherung oder Grundeinkommen". Im Rahmen dieser Frage konnten beide Seiten ohne Selbstbeschuldigung Gerhard Schröders "Agenda" anklagen. Manche taten es mit Formeln wie "Hartz IV muss weg", aber die Führung war kaum weniger wortkarg, so Bütikofer in der Debatteneinleitung: Wie sei es möglich, mit 2,50 Euro pro Tag ein Kind gesund zu ernähren! Oswald Metzger - der letzte Verteidiger von Hartz IV - solle das mal erklären! Bütikofer's Erregung war glaubhaft. Neben mir murmelte zwar jemand mit Recht: "Ja, wer hat denn die 2,50 Euro beschlossen?" Aber es gibt Lernprozesse und Scham.

### Völlig konträr zu Schröders Reformen

Nur auf den ersten Blick schien "Grundeinkommen" die radikalere Distanzierung von Hartz IV zu sein. Alle sollen es bedingungslos bekommen, sagen die Befürworter, darunter Hans-Christian Ströbele, und dadurch von jeder Bevormundung durch Ämter befreit sein. In einer Gesellschaft, die keine Vollbeschäftigung mehr erreiche und die lineare Arbeitsbiografie immer seltener ermögliche, führe an dieser Lösung nichts vorbei. Es ist wahr, die Einsicht steht zu Schröders "Agenda" total konträr. Denn Hartz IV wurde mit der Behauptung eingefädelt, die Arbeitslosigkeit zeige die Unfähigkeit der Arbeitslosen, den nächsten Job schnell genug zu ergreifen. Nächste Jobs waren aber gar nicht vorhanden. Jetzt sind einige da, weil es einen Konjunkturaufschwung gibt. Aber es reicht nicht für die meisten. Soll

man dann Suchende in Ämter schicken, wo sie wie Delinquenten behandelt werden?

Natürlich kam wieder der Einwand, es sei doch genug nützliche Arbeit da, soziale wie ökologische, die nur nicht getan werde. Und kein Zweifel, hier ist ein Potential, für dessen Erschließung man kämpfen muss. Das ändert aber nichts daran, dass nützliche Arbeit sich auch an der Arbeitsproduktivität misst. Weil diese sich immer mehr steigert, wird Vollbeschäftigung immer unwahrscheinlicher. Es kommt hinzu, die nicht nur nützliche, sondern auch produktive Arbeit verteilt sich mehr als früher über die ganze Welt (Globalisierung). Das einzelne Land bekommt einen geringeren Teil davon ab.

Kurzum, der Verfasser neigt selbst zum bedingungslosen Grundeinkommen. Trotzdem hätte er in dieser Delegiertenkonferenz für den gegenteiligen Antrag des Vorstands gestimmt. Denn nach einigen Stunden Debatte gelang es besonders der Berliner Delegierten Sybille Klotz, den springenden Punkt herauszuschälen: Das Grundeinkommen, von seinen Befürwortern als notwendige Vision wortstark gefeiert, wurde doch nur in einer Höhe von 420 Euro gehandelt. Das war genau derselbe Betrag, den der Vorstandsantrag für die Grundsicherung vorsah, womit er sich übrigens in Übereinstimmung mit der Linkspartei befand. Wie soll denn aber jemandem, der 420 Euro bekommt, der Bittgang zum Amt erspart bleiben? Die Miete kann er doch damit nicht zahlen, er muss Wohngeld beantragen und also eine Bedürftigkeitsprüfung über sich ergehen lassen.

### **Kuhn bis Trittin: sozialdemokratisiert**

Das fragte sich nicht nur Klotz, aber sie sprach die politische Pointe aus: "Ich habe schon bei Hartz IV erlebt, wie wir die Geister, die wir riefen, nicht wieder los wurden. Das möchte ich nicht noch mal erleben!" Die Delegierten verstanden die Andeutung: Hartz IV war von den Grünen als Einstieg in eine Grundsicherung mitgetragen worden; den Betrag fanden sie selbst zu niedrig, wollte ihn aber im Licht ihrer Vision sehen. Mit solcher Blauäugigkeit machten sie sich lächerlich oder wurden gar als Betrüger wahrgenommen. Würden sie jetzt 420 Euro "als Einstieg in ein Grundeinkommen" vorschlagen, es wäre dasselbe in grün.

Das war entscheidend für den Sieg des Vorstandsantrags. Aber der Streit ums Grundsätzliche, der die Debatte beherrschte, war auch sehr interessant. Katrin Göring-Eckardts demagogische Formel "Wenn der Mann dann sagt, ach Schatz, jetzt hast du doch das Grundeinkommen, bleib doch zuhause", ging nicht durch. Eine Delegierte fragte wütend zurück: Hat "der Schatz" nicht eine Ausbildung gehabt, wird er sie nicht in Tätigkeit umsetzen wollen? Andere ergänzten, dass es nicht immer falsch ist, wenn "der Schatz" - oder der Mann! - für die Kinder zu Hause bleiben kann, ohne sich ums Einkommen sorgen zu müssen. Zuletzt argumentierte Sybill Klotz, vom Erziehungsgeld wisse man doch, dass es Frauen vom Arbeitsmarkt entferne, und vom Grundeinkommen sei dasselbe eben auch zu erwarten.

Neben solchen Erkenntnis fördernden Einzelgefechten gab es die Gesamtstrategie der Parteiführung. Kernbotschaft: "Die Öffentlichkeit soll das Signal empfangen, dass wir für die Schwachen in dieser Gesellschaft eintreten; deshalb kein Grundeinkommen für alle, sondern Grundsicherung für die Bedürftigen." Und ferner: "Erwerbsarbeit ist notwendig, deshalb kann es kein Ziel sein, den Ausstieg aus ihr zu ermöglichen." Letzteres ließ man Frank Bsirske, den grünen Verdi-Vorsitzenden, vor der Debatte sagen. Die Führung zeigte damit wieder einmal, wie tief sie - von Kuhn bis Trittin - in der Schröder-Zeit sozialdemokratisch sozialisiert werden konnte. Ob das auf längere Sicht hilfreich ist? Der Gesellschaft dürfte mehr geholfen sein, wenn die

andere, eher originär grüne Position der individuellen Emanzipation, hier also des bedingungslosen Grundeinkommens, mit so viel Sozialstaatlichkeit wie nötig kombiniert und gebändigt werden kann. Da war es wieder Sybill Klotz, die die richtigen Worte fand: "Der Sozialstaat ist doch nicht überwiegend mit Bedarfsprüfung beschäftigt in diesem Land!" Will sagen: Wer die Bevormundung kritisiert, kann trotzdem einräumen, dass nicht alles Bevormundung ist - und umgekehrt.

 mail an die Redaktion  nach oben

---

**Impressum - Archiv & Recherche - Abonnement**

URL: [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/politik/meinung/kommentare/?em\\_cnt=1248389](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/meinung/kommentare/?em_cnt=1248389)

## Leitartikel

# Ohne Eklat, ohne Esprit

**Die Grünen sind in Nürnberg jedem internen Konflikt entronnen. Für ihre Zukunft reicht das freilich nicht. Diese Partei lebt von ihrer Einsicht in utopische Notwendigkeiten, nicht von Reförmchen.**

Von **Monika Kappus**



Monika Kappus (fr)

Jetzt also die Grünen. Nach der SPD setzt auch der kleine Koalitionspartner von einst auf Korrekturen an der Agenda 2010. Die Grünen vermeiden aber beim Linksdrall die Rolle rückwärts. Während die SPD in alte Klientelpolitik zurückfällt und ältere Arbeitslose zulasten junger besser stellt, bemühen sich die Grünen ernsthaft um eine Weiterentwicklung von Hartz IV.

Langzeitarbeitslose sollen so viel Geld bekommen, dass sich davon nicht nur eben überleben lässt. Von einem etwaigen Zuverdienst soll so viel übrigbleiben, dass es reizvoll ist, sich einen Job zu suchen. Arbeitslose sollen wirklich gefördert, statt mit aussichtslosen Weiterbildungen oder unangemessenen Sanktionen getriezt werden. So weit, so richtig. Dazu kommen der Einstieg in eine eigenständige Kindergrundsicherung und viel Prosa, wie Erziehung und Bildung institutionell so zu verbessern sind, dass nicht jeder fünfte junge Mensch beste Chancen hat, sich verarmt am Rand der Gesellschaft wiederzufinden. So weit, so richtig. Aber auch: so naheliegend. Und: so absehbar.

Absehbar waren die jetzt zur Korrektur angemeldeten Härten schon, als die Grünen in ihrer Regierungszeit dem Konzept des Forderns und Förderns zugestimmt haben. Sie taten es trotzdem. Damals ergaben sie sich der neoliberal erdichteten Mär vom überdehnten Sozialstaat, der zwecks Rettung abgebaut gehört. Es war die Zeit, als es schick war, Gutverdiener und Unternehmer zu entlasten in der Hoffnung, dass das Arbeitnehmern schon irgendwie hilft.

In Nürnberg sollte das Gestern durch ein forsches "Jetzt. Für Morgen" übertüncht werden. Dumm nur, dass sich die gleichen Auguren als Gegenwartsvisionäre betätigten, die schon die jüngere Vergangenheit auf dem Gewissen haben. Jene fünf, die um die Führung rangeln, waren schon damals Spitze. Sie hatten den Ihren eingehämmert, bloß regierungsgehörigen Realitätssinn zu beweisen und das Unabdingbare durchzufechten. Wer sich nicht der Illusion hingeben wollte, durch Hartz IV würden so viele Jobs vom Himmel fallen, dass keiner darben würde und Kinder eine rosige Zukunft hätten, der wurde niedergestimmt.

Vom desillusionierten Wähler in die Opposition verbannt, dürfen die gleichen Oberen, die unter Rot-Grün im Praxistest vor Machbarkeitszwängen kapitulierten, definieren, was fortan als realistisch zu gelten hat oder als utopisch zu verwerfen ist. Die Basis, die noch in Göttingen gezeigt hat, dass sie den Aufstand proben kann, gibt sich in Nürnberg mit einem sozialpolitischen Aufbrüchlein zufrieden. Für sich genommen ist die angestrebte armutsfeste Grundsicherung zwar ein Schritt in die richtige Richtung. Ein großer und zugleich finanzierbarer Wurf für die Zukunft sieht aber anders aus.

Um den müssen die Grünen ringen. Ob das bedingungslose Grundeinkommen geeignet wäre, eine in Schiefelage geratene Gesellschaft zu erneuern, ist von seinen beim Parteitag unterlegenen Befürwortern längst nicht bewiesen. Dass die Parteispitze Bausteine aus dem Konzept in ihres aufgenommen hat, erlöste die Grünen für dieses Mal vom Zwang zum neuerlichen Streit über den künftigen Kurs. Der aber ist unausweichlich. Geht es doch darum, wie viel Utopie sich die Grünen leisten. Darum, ob sie sich, von der Macht verführt, auch in der Opposition bloß noch koalitionskonforme Aussagen erlauben. Wer, wie Tübingens OB Boris Palmer, nur ins Programm schreiben will, was sich zur Not in 30 Sekunden erklären lässt, gibt die Grünen auf. Sind sie doch groß geworden, indem sie den Grundgesetz-Auftrag, als Partei zur politischen Willensbildung beizutragen, fantastisch ausgefüllt haben. Wenn eine konservative Kanzlerin heute mit Klimaschutz-Parolen punkten und die SPD sich mit ihrem Nein zur Atomkraft

profilieren kann, dann dürfen sie sich bei den Grünen bedanken. Die haben die Basis dafür gelegt, dass Außenseiter-Themen von einst heute mehrheitsfähig sind. Die Einsicht in utopische Notwendigkeiten macht grüne Identität aus.

Eine Führung, die weit in die Zukunft gerichtete Diskurse systematisch kleinredet, schadet den Grünen. Grüne, die sich das gefallen lassen - auch weil sie keine Alternative zu dieser Führung sehen -, müssen sich dringend nach personellen Alternativen umsehen. Die Parteispitze geht aus dem erstaunlich espritfreien Treffen von Nürnberg keinesfalls gestärkt hervor. Sie hat nur eine weitere Klatsche vermieden und ist vor allem im eigenen Laden anschlussfähig geblieben. Ein Ausweis für Zukunftsfähigkeit ist das noch lange nicht. Der steht aus.

Parteitag: **Wieder im grünen Bereich**

[ document info ]  
Copyright © FR-online.de 2007  
Dokument erstellt am 25.11.2007 um 16:32:02 Uhr  
Letzte Änderung am 25.11.2007 um 17:16:20 Uhr  
Erscheinungsdatum 26.11.2007

Jungle World 49 :: 06. Dezember 2007

URL: [jungle-world.com/seiten/2007/49/11081.php](http://jungle-world.com/seiten/2007/49/11081.php)

---

### **Schon gewusst?**

Die Jungle World ist eine **Wochenzeitung!**

Man kann sie am Kiosk kaufen.

Oder noch besser: [abonnieren. http://jungle-world.com/abo](http://jungle-world.com/abo)

---

## Citoyens in den besten Jahren

**Die Grünen sind die Partei des Ökoliberalismus. Sie scheren sich zwar kein bisschen um das Wohlbefinden des so genannten Prekariats, wollen aber auch nicht als Unmenschen dastehen. von pascal beucker**

Noch einmal stand er im Rampenlicht, noch einmal hatte er seinen großen Auftritt. Die 27. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz in Nürnberg war zugleich die letzte für Oswald Metzger. Nur zwei Tage später erklärte der baden-württembergische Landtagsabgeordnete erwartungsgemäß seinen Austritt aus der Partei der Grünen.

Er sei ein »Überzeugungstäter«, schrieb der 52jährige Wirtschaftsliberale zum Abschied. Deshalb könne er nicht länger »die Grünen im bürgerlich-liberalen Lager wählbar halten, wenn diese Partei das unfinanzierbare Wolkenkuckucksheim zum Programm-Maßstab erhebt«. Einen aus seiner Sicht fatalen Schwenk nach links will der »Berater« der von Arbeitgeberverbänden finanzierten »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« bei den Grünen ausgemacht haben. Eine Auffassung, die zwar skurril ist, aber mit der Metzger durchaus nicht alleine dasteht.

Als der Oberschwabe vor 21 Jahren Mitglied der Grünen wurde, da warb die Partei noch mit vier Begriffen für sich, mit denen sich zugleich ihr Gründungskonsens umschreiben ließ: ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei. Bereits in den Jahren der Vorbereitung auf die Regierungsbeteiligung in Berlin begannen diese Grundsätze an Bedeutung zu verlieren. Nach dem beendeten rot-grünen Feldversuch standen sie nur noch als leere Worthülsen da. Auf den vergangenen beiden Parteitag in Göttingen und Nürnberg hat die Partei ihre friedens- und sozialpolitischen Überreste ein bisschen bunt bemalt. Wie bei der SPD ist der angebliche »Linksschwenk« der Partei vor allem ein kosmetischer – den zweckoptimistischen Jubelchören der Parteilinken zum Trotz.

Auf der Göttinger Sonderdelegiertenkonferenz hatte die grüne Basis ihrer Parteiführung mit dem Votum gegen einen immer weiter reichenden Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan eine Schlappe zugefügt – und gleichzeitig einen ihr ebenfalls zur Abstimmung

vorgelegten pazifistischen Antrag abgelehnt. In Nürnberg gelang es der gleichen Parteiführung mit einem gehörigen Kraftakt und einigen taktischen Finessen, sich einen etwas sozialeren, aber bloß nicht zu radikalen Anstrich zu verpassen. Konkret bedeutet das verabschiedete Modell einer »Grundsicherung« nichts weiter als eine Aufhübschung von Hartz IV. Ein bisschen mehr Geld soll's geben und etwas weniger Sanktionen, dazu noch ein paar Milliarden Euro für ein staatliches Bildungsprogramm. Ein Bundeskongress der Jusos hätte es nicht besser beschließen können.

Für die interessantere Variante, ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle, reichte der Mut der Grünen nicht aus. Es ist ein Grundsatzstreit: Was soll im Mittelpunkt der Gesellschaft stehen – die Erwerbsarbeit oder der selbstbestimmte Mensch? Die Diskussion der Grünen darum ist beinahe so alt wie die Partei selbst.

Damals, in der ersten Hälfte der achtziger Jahre, waren es noch zuvorderst »Ökolibertäre« wie der heutige Chefredakteur der Welt, Thomas Schmid, die für die Selbstbestimmung stritten. Inzwischen finden sich Befürworter und Gegner in allen Flügeln. Ein traditionell konservativer Landesverband wie der baden-württembergische tritt ebenso dafür ein wie die Parteilinken Hans-Christian Ströbele und Robert Zion. Die Idee ist inzwischen weit über die Grünen hinaus populär. Wenn sich auch die jeweiligen Konzepte unterschieden, so trafen sich beim Grundeinkommen »konservative Sozialromantiker und utopische Sozialisten«, schreibt die Zeit. Jedenfalls tritt Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) ebenso dafür ein wie der Unternehmer Götz Werner oder Katja Kipping von der Partei »Die Linke«. Die grüne Führung sprach sich in Nürnberg hingegen für das Modell der »Grundsicherung« aus, bedeutete doch das Eintreten für ein Grundeinkommen in den Augen der Grünen eine zu radikale Veränderung der Sozialsysteme. Reinhard Bütikofer, Claudia Roth, Renate Künast, Fritz Kuhn und Jürgen Trittin, die um das machtpolitische Erbe Joschka Fischers konkurrieren, liegt jedoch nichts ferner.

Seit ihrem Annus horribilis 2005 befinden sich die Grünen in einem merkwürdig indifferenten Zustand. Mehr schlecht als recht mühen sie sich mit der so ungeliebten Rolle als Oppositionspartei ab, sehen sich lieber als Regierungspartei im Wartestand. Nicht wenigen grünen Bundestagsabgeordneten scheint kaum etwas wichtiger zu sein, als tunlichst jeden vom politischen Mainstream abweichenden Gedanken zu vermeiden, denn der könnte ja eine künftige Regierungsbeteiligung in den Augen von Sozial- oder auch Christdemokraten in Frage stellen. »Wer jedoch in der ›Mitte der Gesellschaft‹ brav in politischer Profillosigkeit versinken, wer sich die hart errungene ›Regierungsfähigkeit‹ von den anderen Parteien nur noch bestätigen lassen will, der verliert seine Regierungswürdigkeit«, sagte Robert Zion, der »Basisheld von Göttingen«.

Als »pomadig« beschreibt der Parteienforscher Franz Walter die Partei. Gerade die Grünen verkörperten »in ihrem chronisch verdrucksten öffentlichen Auftritt« den geleartigen

Zustand der Opposition. Einst hätte sich die frühere Partei der Petra Kellys und Jutta Ditfurths »stets ein Stückchen zu aufgeregt, zu überdreht, zu schrill« präsentiert, heute hingegen wirke sie nur noch »wie eine veritable politische Schlaftablette«. Und auf den Bildschirmen seien »lediglich die immergleichen pausbäckigen Gesichter eines bemerkenswert saturiert daherkommenden Politzirkels« zu sehen.

Trotz allem zeigt sich die rund 45 000 Mitglieder starke Partei in den Umfragen erstaunlich erfolgreich und könnte derzeit bei einer Bundestagswahl sogar mit einem noch besseren Abschneiden als vor zweieinhalb Jahren rechnen. Walter bietet dafür zwei Erklärungen an. Erstens: Auch wenn die grüne Partei im Osten der Republik nach wie vor große Probleme habe, so werde sie im Westen »von einer durch die 68er-Zeit sehr stark geprägten linkslibertären Kultur-Bourgeoisie getragen«. Die Wähler der Grünen »genießen Rheingau-Riesling und gehen in exquisite Kinofilme«, und mit dem in der rot-grünen Ära als »Reformpolitik« bezeichneten Sozialabbau hätten sie »eigentlich keine Probleme«. Zweitens seien es im weiten Sinne ökologische Imperative und Kodizes, die derzeit die Gemüter in den neu-bürgerlichen Kreisen bewegten. Unverkennbar sei, dass mehr und mehr besser gestellte Bürger von den Themen Gesundheit, Klimawandel und Ernährung umgetrieben würden. In diesen Dingen würden gerade Angehörige der Mittelschicht »kein launiges laissez faire« mehr dulden. »Und ohne große eigene Anstrengungen profitieren selbst die eher schüchtern und leise agierenden bundesrepublikanischen Grünen von dieser transnationalen Mentalität«, sagt der Göttinger Politikprofessor.

Der grüne Durchschnittswähler ist um die fünfzig, gut gebildet, saturiert und in einem Angestellten- oder Beamtenverhältnis erwerbsarbeitend. Damit ist mittlerweile Wirklichkeit geworden, wovon vor fast 20 Jahren der – noch minoritäre – realpolitische Flügel der Partei nur träumen konnte. In der damals in diesen Kreisen üblichen verquasten Sprache hatten Fischer & Co. formuliert: »Der städtische, liberale, an seinen individuellen Lebensentwürfen zuerst orientierte, konsumfreundliche Citoyen, der zugleich gegen Atomkraft und ökologischen Wahnsinn nicht nur protestiert, ebenso wie er den ausgegrenzten und von ihrer Armut betroffenen Minderheiten sich solidarisch verpflichtet weiß, ist das Subjekt unserer Demokratievorstellungen.« Solidarisch verpflichtet, das könne Bedauern über deren Los sein, Mitleid, vielleicht auch einmal eine materielle Zuwendung, erwiderten Thomas Ebermann und Rainer Trampert. »Aber«, so die Vertreter des zu dieser Zeit noch existierenden ökosozialistischen Flügels, »geben muss es die Armen und Ausgegrenzten ewig, denn diese spezifische Qualität unseres Citoyens kann nur erblühen auf der Grundlage der sozialen Ungleichheit.«

Ja, eigentlich interessiert es diesen etwas in die Jahre gekommenen Citoyen nicht wirklich, ob es denen da unten, die heute neudeutsch als »Prekariat« bezeichnet werden, dreckig geht oder nicht. Aber gleichwohl will er eben auch nicht als Unmensch erscheinen. Das ist wohl der tiefere Grund für die Aufregung bei den Grünen über jenen kurz vor dem

Nürnberger Parteitag geäußerten Satz Oswald Metzgers, viele Sozialhilfeempfänger sähen »ihren Lebenssinn darin, Kohlenhydrate oder Alkohol in sich hineinzustopfen, vor dem Fernseher zu sitzen und das Gleiche den eigenen Kindern angedeihen zu lassen«. Mit diesem Spruch habe Metzger »den Wertehaushalt der Grünen eklatant verletzt«, empörte sich der Fraktionsvorsitzende Kuhn scheinheilig. Und Bütikofer nutzte auf dem Parteitag bigott die Gelegenheit, den aus der grünen Mode gekommenen Verteidiger der »Agenda 2010« zur Stimmungsmache zu nutzen. »Oswald, wie soll man ein Kind von 2,50 Euro pro Tag ernähren?« rief der Parteivorsitzende in Anspielung auf Hartz IV in den Saal. An keiner anderen Stelle seiner Rede erhielt Bütikofer so viel Beifall wie bei dieser rhetorischen Frage. Schade nur, dass sie ihm nicht früher eingefallen ist – zum Beispiel bevor die rot-grüne Regierung Hartz IV einführte. Aber so ernst war sie ja nun auch wieder nicht gemeint, ging es doch bloß um die Herbeiführung eines Abstimmungserfolgs. Wie hatte es Bütikofer noch kurz vor dem Parteitag so treffend formuliert: »Wir machen nicht auf Retro-Linke.«

**DER SPIEGEL - Jahres Chronik 54/2007 vom 12.12.2007, Seite 200**

## **DONQUICHOTTERIE IN GÖTTINGEN**

**Parteienforscher Franz Walter kommentiert die Verweigerung der deutschen Afghanistan-Mission auf dem Parteitag der Grünen - und wundert sich über die allgemeine Verwunderung.**

Am 15. September um 17.24 Uhr ist Schluss mit der "Ära Fischer", mit außenpolitischem Realismus und grüner Regierungsfähigkeit. An diesem Sonnabend im einstigen Göttinger Eisenbahnausbesserungswerk begibt sich die Öko-Partei auf eine verstörende Zeitreise weit zurück in die eigene Ausgangsgeschichte, in die fundamentalistische Verweigerung, in die Illusionspolitik, in das Wolkenkuckucksheim eines weltfremden Pazifismus.

So jedenfalls lautet der ganz und gar einheitliche Tenor des politischen Kommentars von "Süddeutscher Zeitung" bis "Frankfurter Allgemeiner", der zwei Tage später, am darauffolgenden Montag, höhnisch durch die Republik dröhnt. Das Urteil der hauptberuflichen Interpreten ist verheerend. Kein Begriff wird in Bezug auf die grüne Partei mehr bemüht als der des "Rückfalls" - in den Friedenspopulismus, in die Ohnemich-Mentalität, in eine verantwortungslose Verbalradikalität. Die Delegierten auf dem Grünen-Sonderparteitag haben sich geweigert, der Vorgabe der Bundesregierung zu folgen, die Isaf-Mission in Afghanistan fest mit dem Einsatz von "Tornado"-Flugzeugen zu verknüpfen. Der Parteitag, der an seiner Unterstützung für einen durch die Bundeswehr abgesicherten zivilen Aufbau in Afghanistan keinen Zweifel lässt, gibt den Mandatsträgern im Bundestag für die parlamentarische Abstimmung die Richtungsentscheidung mit auf den Weg, der von Union und Sozialdemokraten verabredeten Paketlösung die Zustimmung zu verweigern.

Die grüne Parteiführung hat das alles nicht gewollt, nicht den außerordentlichen Parteitag, nicht die ihr außer Kontrolle geratene Diskussion über Afghanistan, nicht das abschließende Votum - und erst recht nicht den neuen Helden, den das Drama in der Göttinger Lokhalle hervorbringt: Robert Zion. Kaum jemand kennt ihn. Selbst die erfahrenen "Grünologen" unter den Journalisten zucken ratlos mit den Schultern. Über Jahre haben sie wunderbar ertragreiche Nahkontakte zu den alten Kämpen der Partei, zu den Trittins, Künasts, Kuhns, Bütikofers und Roths aufgebaut. In den Machtkämpfen der Partei spielen die "Grünologen" der Deutungsklasse gern den einen oder anderen Ball ins Feld eines Favoriten. Und nun kommt da ein Gelsenkirchener Kreisverbandsschriftführer der Partei, gelernter Koch, Autor von weithin unbekanntem Büchern zur Filmgeschichte, gut zehn Jahre jünger als die Trittins der Partei. Natürlich liegt es nahe, ihn verächtlich zum neofundamentalistischen Wiedertäufer der "in der Realität nicht angekommenen Orthodoxpazifisten" aufzubauschen und damit kaltzustellen - eine Strategie, die die langjährigen Leitwölfe der Grünen, den jungen

Rivalen in der eigenen Herde witternd, gemeinsam mit den ihnen wohlvertrauten Kommentatoren auch sogleich einschlagen.

Dabei aber hat der Gelsenkirchener Neugrüne - erst seit 2002 gehört Zion der Partei an - nichts von der donnernden, eifernden, empörungsheischenden, manichäischen Rhetorik der grünen Tribune aus der Vorgängergeneration, die als ganz junge Menschen noch mit sich überschlagender Stimme Kapitalismus und Imperialismus den Kampf angesagt hatten und die später dann als ergraute gouvernementale Gestalten mit gleichermaßen moralgetränkter Selbstsicherheit die Menschenrechte gegen das Böse überall in der Welt mit robusten Militärschlägen herzustellen verlangten. Diese merkwürdige Mischung von Revolutionismus und Wilhelminismus findet man beim neuen Göttinger Star nicht. Er wirkt fast schüchtern, spricht leise, muss erst durch die Unterstützung des Publikums zum Erfolg einer keineswegs jakobinischen Rede getragen werden. Doch ist Robert Zion Guru nur für einige tausend Grüne. Für den Rest der politischen Öffentlichkeit wird er zum Buhmann. Mit seiner Rede hat er - so kann man in den Tagen nach Göttingen in unzähligen Artikeln und Sendungen lesen wie hören - die Grünen wieder zur Oppositionspartei gemacht, in die Koalitionsunfähigkeit zurückgetrieben. Das sind schon verblüffende Feststellungen. Die Grünen standen und stehen tatsächlich in der Opposition, im Bund und in weiteren 15 Bundesländern. Das Ausmaß an Opposition ist kaum zu übertreffen. Doch hat nicht der frisch entdeckte Parteitagsagitator aus dem Ruhrgebiet die Grünen in diese Rolle gedrängt, sondern - formulieren wir es pathetisch - der Souverän, der Bürger, die Wähler. Zion erinnert die Grünen im Grunde nur daran, dass ihnen die Funktion zugefallen ist, die in parlamentarischen Demokratien denjenigen Parteien obliegt, welche im Parteienwettbewerb unterliegen und deshalb an der Regierungsmacht nicht beteiligt sind: ebendenen der Opposition.

Insofern steht das Göttinger Spektakel auch gar nicht für einen neuerlichen Illusionismus der Grünen. Die Interpretation von Göttingen spiegelt vielmehr eine bislang wenig bemerkte Veränderung in der politischen Kultur hiezulande. Opposition gilt kaum mehr als ehrenhaft, gilt nicht als wichtig für die Demokratie, als konstitutives Korrektiv, als freiheitswahrende Kontrolle, als Ort alternativer Überlegungen und Entwürfe. Denn mittlerweile ist eine neue Kohorte von professionellen Deutern des Politischen in Deutschland herangewachsen, für die Opposition allein negativ besetzt ist: mit Ineffizienz, leerer Betriebsamkeit, folgenloser Antragsschreiberei. Im Jahr 2007 hat Opposition in Deutschland somit Hautgout. Opposition ist demnach allein etwas für Nörgler, Träumer oder Demagogen.

Eigentlich hatte man schon annehmen dürfen, dass der Anti-Oppositions-Effekt in dieser Republik seit den siebziger Jahren überwunden sei. Zuvor noch, im Jahrhundert zwischen Bismarck und Adenauer, waren der Abscheu vor den Gegensätzen, die Angst vor dem Konflikt, die Sehnsucht nach Einheit, Synthese, Autorität tief im Humus der gesellschaftlichen Mentalität eingepflanzt. Doch plötzlich treibt dieses Gewächs abermals kräftig Blüten.

Nun meldet sich mit der neuerlichen Verachtung des Oppositionellen nicht eine vermuffte obrigeitsstaatliche Gesinnung zurück. Es ist vielmehr die Modernität des Pragmatismus, dem die Möglichkeit einer ganz anderen, eben oppositionellen Wahrheit und Wirklichkeit nicht geheuer ist. Für den modernen Pragmatiker existiert allein eine Realität. Er orientiert sich bei dem, was er für das Wirkliche hält, stets am dominanten Diskurs, am Machbaren. Einzig das ist dann Fakt; und es ist fortan alternativlos. Der moderne Pragmatiker möchte nicht gegen Windmühlen kämpfen. Aus Furcht vor der kraftraubenden Donquichotterie in den sowieso schon schwer durchschaubaren Komplexitäten braucht er die Selbstverständlichkeit unhinterfragter Normalität. Was ist, wird

apodiktisch zur Notwendigkeit erhoben, die man - als "Realist" - akzeptieren muss und innerhalb deren Logik man - als "Realpolitiker" - zu agieren hat. Der moderne Pragmatiker fürchtet Aporien und Ambivalenzen; er mag keine Antagonismen und Dialektiken; er weigert sich, eine Welt ganz verschiedener Wirklichkeitsdeutungen für vernünftig zu halten. Er leugnet die Realität vieler, kontrastierender Wirklichkeiten. Kurzum: Er schätzt keine elementare Opposition, erkennt ihre grundsätzliche Bedeutung zum Entwurf einer legitimen Gegenwirklichkeit nicht an, wittert darin lediglich irrationale Ideologie und demagogische Verführung. Der moderne Pragmatismus nähert sich in den Zeiten des Postparlamentarismus dem Denken der absolutistischen Vormoderne an, in der Politik als "Vollzug des Richtigen" galt - und jeder Zweifel an die höhere Einsicht der politischen Exzellenzen in die Richtigkeit rundum unzulässig war.

In dieser schleichend gewandelten politischen Kultur haben es Parteien in der Opposition, die die Funktion der Opposition energisch ausfüllen, plötzlich schwer. Es dauert nicht lange, dann hängt ihnen das Stigma der Regierungsunfähigkeit an. Besonders schädlich ist es überdies, eine von den Eliten unberücksichtigte Stimmungslage in der Bevölkerung aufzunehmen, zu artikulieren und institutionell zu vertreten. Dergleichen galt den großen Theoretikern der Demokratie noch als genuine Aufgabe von Parteien im Parlamentarismus; seit einigen Jahren aber wird es von der gegenwärtigen Deutungsklasse mit hocharhobenem Zeigefinger als "populistisch" abqualifiziert.

Rund zwei Drittel der Deutschen sprechen sich seit Monaten bemerkenswert konstant gegen eine Verlängerung des Afghanistan-Mandats aus. Auch die christdemokratische und die sozialdemokratische Anhängerschaft sind mehrheitlich keineswegs interventionistisch gesinnt. Gewiss, man kann es als Ausweis beeindruckenden Führungswillens betrachten, dass sich die Regierungsvertreter und Abgeordneten von CDU/CSU und SPD durch die Stimmung der Majorität nicht irritieren lassen und unbeirrt an der Afghanistan-Mission festhalten. Doch bekommt eine parlamentarische Demokratie ein Legitimationsproblem, wenn Eliten sich ungebrochen über Volkes Willen hinwegsetzen.

Jedenfalls: Man kann das Göttinger Parteitagsvotum der Grünen schwerlich als sektiererischen Fundamentalismus abstempeln, da doch die majoritäre Grünen-Position die Mehrheitsbefindlichkeit der Deutschen geradezu spiegelt und die Partei die keineswegs abwegigen Bedenken in Teilen der Bevölkerung gegen die höchst kontraproduktiven Folgen des Anti-Terror-Kampfs in seinem nunmehr siebten Jahr zum Thema macht. Und zum Nutzen einer halbwegs vitalen Demokratie ist es zudem, wenn sich die Opposition, noch dazu in großkoalitionären Zeiten, durch die Zentralregierung nicht in eine uniforme Einheitsheimatfront zwingen lässt, die dann keine Parteien mehr kennt, sondern nur noch strammstehende Menschenrechtfeldwebel eines homogenen parlamentarischen Blocks. Wahrscheinlich hat kein anderer Satz aus der zwölfminütigen Rede Robert Zions in der Göttinger Lokhalle einen stärkeren Eindruck hinterlassen als der: "Welche Bundesregierung würde sich eigentlich unter Handlungsdruck gesetzt fühlen, wenn sogar die Opposition für ihre Politik stimmt?" Natürlich: Leicht zu entwirren sind die Diskussionsfäden um Details und Nuancen der Außenpolitik auf dem Göttinger Parteitag nicht. Doch das liegt auch an der Komplexität des Gegenstands des Streits selbst. Und es muss den Grünen nicht zwangsläufig schaden. Denn die schwierige Melange von Heterogenitäten gehörte zum historischen Wesen der Partei und ihrer Anhänger. Unbedingte Friedfertigkeit und entschlossener Menschenrechtsschutz, Antimilitarismus und die Sicherheit von Minderheiten, Professionalismus oben und Basisdemokratie unten, kollektive Verantwortung und individuelle Freiheit, Askese und Lebensfreude - nie ging das alles durch eine klärende Formel oder die Autorität eines Übervaters symbiotisch glücklich zusammen. Immer blieben Inkompatibilitäten und Ungleichzeitigkeiten. Doch entsprach es eben der gesellschaftlichen und

politischen Komplexität. Und angesichts einer durchaus intelligenten Anhängerschaft hat in der offenen Diskussion dieser Komplexität stets auch eine beachtliche Chance für die Grünen gelegen.

Doch fürchten die heutigen Leitfiguren der Grünen eine solche Diskussion. Im Unterschied zur Kohorte Zion will die Generation Künast/Kuhn schon seit Jahren um nichts in der Welt mehr mit dem früheren Chaos der Alternativpartei verbunden werden. Bütikofer, Künast, Kuhn, Trittin - sie alle sind moderne Pragmatiker, sind fest fixiert auf die baldige Rückkehr an die Macht, verstehen sich als Regierende im Wartestand. Aber es sind gerade diese Pragmatiker der Realpolitik, denen es bezeichnenderweise nicht gelingt, aus den Auseinandersetzungen über Außenpolitik Honig für eine Partei der Differenziertheit und der Debatte zu ziehen.

Wenn Göttingen ein Desaster ist, dann ist es das Desaster dieses grünen Nur-noch-Pragmatismus.

FRANZ WALTER, 51,

Göttinger Politologe und Parteienforscher mit Schwerpunkt auf der SPD, schrieb zuletzt das Buch "Träume von Jamaika. Wie Politik funktioniert und was die Gesellschaft verändert".